Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

241 (17.10.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE [illegible]TTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig ○ Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungs ieles, bei gerichtlicher Beitreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand[illegible] Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvol[illegible] Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

[illegible]eis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn ● Ohne Zustellung 1,90 Mark ○ Durch die Post 2,36 Mark ○ Einzelverkauf 10 Pfennig ○ Er[illegible] wöchentlich vormittags 11 Uhr ● Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle [illegible] Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ● Fernruf 7020/7021 ○ Volksfreund-Filialen Durlach, Hauptstr. 9 B.-Baden, Jagdhausstr. 12 Rastatt, Rosenstr. 2 Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 241 | Karlsruhe, Montag, den 17. Oktober 1932 | 52. Jahrgang

Die Affäre Klepper

Kreditmaßnahmen der Preußenkasse – Für die Stadt Köln und für Zeitungen
Deutschnationaler Wahltrick gegen das Zentrum – Mit Unterstützung der Nazis und der Kommunisten

SP. **Berlin**, 14. Okt. Der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags, der die Beziehungen der **Preußenkasse zur Domänenbank** untersuchen soll, hielt am Freitag eine Sitzung ab, die der **deutschnationale** Vorsitzende gegen den Beschluß des Ausschusses einberufen hatte, weil seiner Meinung nach das vom Berichterstatter vorzutragende Material so wichtig wäre, daß keine Zeit mehr verloren werden dürfe, um es der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Damit war der parteipolitische Gesichtspunkt dieses Untersuchungsausschusses genügend dargelegt. Der **deutschnationale** Berichterstatter Steuer hielt eine Rede, die sich auf Informationen aus dem preußischen Finanzministerium stützte. Anscheinend hat man im Finanzministerium den deutschnationalen Antrag auf Untersuchung der Geschäfte der Preußenkasse als einen Befehl aufgefaßt und Vernehmungen, die eigentlich der Ausschuß vorzunehmen hätte, vorgenommen, um sie den deutschnationalen Anklägern auszuhändigen.

Der Berichterstatter trug das ihm übergebene Material vor, wonach **angeblich** die Preußenkasse für politische Zwecke Geld hergegeben habe, und zwar unter Ueberleitung auf verschiedene andere Banken. **Präsident Klepper** habe diese Zuwendungen auf einem Sonderkonto gemacht. Staatssekretär Dr. **Abbegg seien** Darlehen übergeben worden, von denen aber der Berichterstatter zugeben mußte, daß sie wieder zurückgezahlt sind. Die Stadt Köln habe über eine Bank 12 Millionen Mark Darlehen erhalten und schließlich seien der „Kölnischen Volkszeitung" über andere Banken ein Betrag von 2 330 000 zugewendet worden. Der Berichterstatter, der im Ausschuß nur die Tatsachen vorzutragen hatte, erlaubte sich bereits das Urteil vorweg zu nehmen und von Schiebungen, strafbaren Handlungen und ähnlichem zu reden. Den Nationalsozialisten gab das Veranlassung zu dem Antrag, den Bericht des Berichterstatters an die **Staatsanwaltschaft** zu senden, damit die Staatsanwaltschaft Verhaftungen vornehmen soll, um einer Verdunkelungsgefahr, Kollissionsgefahr und einer Flucht der „Angeklagten" vorzubeugen.

Der Ausschuß, der diesen Antrag mit den **Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen** und **Kommunisten** annahm, macht sich mit diesem Beschluß geradezu lächerlich. Schließlich ist der Bericht des deutschnationalen Berichterstatters noch lange kein Beweis, und für die Beurteilung darüber, ob strafbare Handlungen vorgekommen sind, ist die parteipolitische Verhetzung, die vor den Wahlen betrieben wird, wirklich nicht die richtige Triebfeder. Die Sozialdemokratie kann dieser Untersuchung jedenfalls mit völliger Ruhe entgegensehen.

*

Aus **Berlin** wird uns geschrieben:

Die bewährten Macher von Schmutz- und Verleumdungsfeldzügen in der Deutschnationalen Partei haben eine **Stinkbombe** geworfen. Diese Stinkbombe richtet sich gegen die rechtmäßige preußische Regierung Braun-Severing-Hirtsiefer. Parteipolitisch gesehen aber vor allem gegen Zentrum und Staatspartei.

Der Dreh, der zu dieser Stinkbombe benutzt worden ist, besteht darin, daß **reguläre** Handlungen der preußischen Regierung und gewisse Geschäfte der Preußenkasse mit der größten Unverfrorenheit als „korruptive" ja direkt als „kriminelle" Handlungen hingestellt werden, und daß diese Methode der Verleumdung unterstützt wird durch das **Affentheater** eines Antrags, den Finanzminister Klepper zu verhaften. Für diesen Antrag hat sich im Landtagsausschuß eine **Mehrheit** aus **Deutschnationalen, Nazis** und **Kommunisten** gefunden. Selbstverständlich stellt dieser Antrag eine absolute Ueberschreitung der Befugnisse des Ausschusses zur **Inszenierung eines groben Wahlschwindels** dar.

Die deutschnationalen Fabrikanten der Stinkbombe haben es sich im übrigen einfach gemacht. **Sie haben befohlen und gehorcht hat das Finanzministerium unter kommissarischer Führung.** Eine sogenannte Untersuchung wurde eingeleitet, das heißt man hat **Beamte unter Druck gesetzt** und ausgehorcht und daraufhin einen Bericht zusammengestellt, den der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses ohne weiteres als absolute Wahrheit hinstellt. Feiner Untersuchungsausschuß, der von anderen eine Untersuchung anstellen läßt, die absolut unkontrollierbar ist, und sie dann sofort in der Oeffentlichkeit plakatiert. Das ist eine Form der öffentlichen Beleidigung unter Mißbrauch des Parlaments.

Wenn die deutschnationalen Stinkbomben-Fabrikanten das Ergebnis dieser famosen Untersuchung des Finanzministeriums für so außerordentlich sensationell und belastend für den Finanzminister Klepper ansehen, daß sie die Akten der Staatsanwaltschaft zuleiten wollen, so kann man nur fragen: **Warum hat dieses das Finanzministerium nicht von sich aus getan? Wenn die deutschnationalen Skandalmacher recht hätten, dann hätte sich das Finanzministerium ja geradezu der Begünstigung schuldig gemacht.**

Aber so ernsthaft und juristisch darf man dieses **Affentheater** gar nicht ansehen. Es handelt sich um einen **dreisten Wahlschwindel zu Gunsten der Deutschnationalen,** die im Wahlkampf mit ihren wirklichen reaktionären Zielen nicht aufzutreten wagen. Und siehe da: Dieser Wahlschwindel wird sich parteipolitisch gesehen in erster Linie gegen das **Zentrum** richten. **Die Deutschnationalen haben Bundesgenossen gefunden ausgerechnet bei den Nationalsozialisten, die sich bisher in Preußen als neue Bundesgenossen des Zentrums aufgespielt haben.** Die feindlichen Brüder von Harzburg, die sich mit Stuhlbeinen verprügeln und mit Messerstichen und Pistolenschüssen bedenken, haben sich hier zu einem **gemeinsamen Stinkangriff gefunden.** Der Berichterstatter des Ausschusses, der moralische Entrüstung markierte, als er die sogenannten Enthüllungen vortrug, war ausgerechnet der **Deutschnationale Steuer! Erst vor kurzem haben ihn die Nationalsozialisten einen dreckigen Judenjungen genannt.** Aber jetzt sind sie ein Herz und eine Seele mit ihm, wenn es gilt, einen übelduftenden Gasangriff abzublasen. Doch wenn wir im Schmutz uns fanden, dann verstanden wir uns gleich!

Dr. Klepper zu den Vorwürfen

Finanzminister Dr. **Klepper** äußerte sich gegenüber Vertretern der Presse über seine Geschäftsführung. Er vertrat die Auffassung, daß die **juristische** Seite vollkommen einwandfrei sei und daß **er die politische und moralische Verantwortung für die ihm vorgeworfenen Maßnahmen übernehme.** Es sei selbstverständlich, daß der Staat seine Mittel zur Unterstützung der staatspolitischen Linie verwende, die die jeweilige Regierung verfolgt. Zu diesem Zweck sei die Agrarpolitische Korrespondenz „Grüne Blätter" finanziert worden. Dr. Klepper bestritt entschieden, daß diese Mittel zur Beobachtung irgendwelcher politischer Bewegungen oder für ähnliche Zwecke benutzt worden sei. Daß er selbst irgendwelche persönliche Vorteile davon gehabt habe, werde jeder, der ihn kenne, von vornherein für ausgeschlossen halten.

Zu dem **Zwölf-Millionen-Kredit** erklärte Dr. Klepper, daß niemals mittelbar oder unmittelbar Verhandlungen mit der Stadt Köln stattgefunden haben und daß weder Reichskanzler Brüning noch der Reichstagspräsident eine Einflußnahme in dieser Angelegenheit versucht hätten. Es handle sich lediglich um ein normales Kreditgeschäft mit der Deutschen Bank, wovon zehn Millionen im Wege der Aufrechnung bereits abgedeckt seien.

Was die „Kölnische Volkszeitung" anlangt, so habe die Staatsregierung es für notwendig gehalten, sie in dieser Weise zu unterstützen; wenn ein Blatt von solcher Bedeutung infolge der wirtschaftlichen Lage in Schwierigkeiten gerate, so sei das natürlich ein Ausfall für die Regierung. Im Falle des „Magazin der Wirtschaft" gab Dr. Klepper offen zu, „hineingelegt worden zu sein". Den Kredit für Staatssekretär Abbegg erklärte Dr. Klepper damit, daß eine Bank, mit der Dr. Abbegg in Verbindung stand, zusammengebrochen war, so daß er sich an eine andere Bank wenden mußte. Der Kredit sei von Dr. Abbegg voll zurückbezahlt worden.

Der Kronprinz

Der hat uns gerade noch gefehlt! Der Tennisspieler von Charleville, der Frauenheld von Stenay und der Einsiedler von Wieringen! Er wittert Morgenluft!

Er will in geeignetem Zeitpunkt von Hindenburg die Reichsverweserschaft übernehmen und zusammen mit Rupprecht von Wittelsbach wieder ein bißchen Deutschland regieren!

Warum hat man ihn eigentlich nach dem politischen Bankerott seines Vaters nicht zum „Reichsverweser" ernannt? Warum hat selbst Prinz Max von Baden es nicht gewagt, dieses Projekt anzuschneiden? Weil man genau gewußt hat, daß dieser Jüngling mit der schiefen Mütze und der koketten Taille für das Volksempfinden einfach eine Unmöglichkeit war! Weil man wußte, daß dieser sonderbare Thronfolger auf der Tribüne des Reichstags, in den Logen der Oper und am Exerzierplatz der Danziger Husaren eine Taktlosigkeit und Geschmacklosigkeit nach der andern beging! Weil man sein „Fronterlebnis" mit dem Tennisschläger und dem Rudel von Hunden, mit denen er die Etappe beglückte, nicht allzu reizvoll und massenpropagandistisch hielt!

Seitdem ist dieser Kronprinz der Grandseigneur der pensionierten Monarchie in der Republik! Ernste Arbeit gibt es natürlich nicht für ihn. Er geht bzw. fährt mit seiner roten Limousine von Oper zu Oper, von Kino zu Kino! Keine Ausstellung für Automobil und Sport, die er nicht mit seiner Anwesenheit beglückt. Keine elegante Bar des Berliner Westens, deren Dämchen ihn nicht kennen! Ihn, seine Limousine und sein Portemonnaie! Die größte Geschmacklosigkeit begeht er jeden Mittag, wenn er Punkt 12 aus dem Fenster des Kronprinzenpalais seine Bettelgroschen unter die Arbeitslosen wirft. Der versteht die Seele des Volkes! Der wird uns wieder herrlichen Zeiten entgegenführen! Wir sind weit gekommen, daß man uns wieder den als Prätendenten anzubieten wagt!

*

Die Rheinische Zeitung, unser Kölner Parteiorgan, veröffentlicht Stellen aus Briefen, die der ehemalige Kronprinz unter anderem auch an den Reichswehrminister Gröner gerichtet haben soll. Der Exkronprinz macht dem Inhalt dieser Briefe zufolge bei amtlichen Stellen Propaganda für nationalsozialistische Wehrverbände, unter anderem auch für die SA. und SS. Unser Kölner Parteiorgan erklärt, daß es gewisse Stellen aus den Briefen des Exkronprinzen im Interesse des deutschen Volkes und des deutschen Reiches vorläufig nicht veröffentlichen wolle. Der frühere Reichswehrminister Gröner läßt durch WTB. erklären, daß Briefe wie die erwähnten nie in seine Hand gelangt seien. Dieses Dementi kann besagen, daß Herr Gröner die Existenz solcher Briefe überhaupt bestreitet, es kann aber auch sagen, daß die Briefe nur nicht in seine Hände gekommen sind. Die Mitteilungen der Rheinischen Zeitung sind von derart großem Interesse, daß die Reichsregierung sich dazu nun äußern muß.

Blutige Zusammenstöße

Provokationen der Nazis in Arbeiterbezirken – In Dortmund zwei Tote
In Wien vier Tote

WTB. Dortmund, 16. Okt. Etwa 400 uniformierte Nationalsozialisten durchzogen in den Morgenstunden den Dortmunder Norden und verteilten unter der dortigen Arbeiterbevölkerung Wahlzettel. Gegen 10 Uhr wurden sie von Kommunisten angegriffen, mit Steinen beworfen und auch beschossen. Die Polizei konnte die Streitenden trennen. Etwas später kam es dann in der Bornstraße wieder zu Zusammenstößen zwischen nationalsozialistischen Zettelverteilern und Kommunisten. Die Polizei mußte hier die Streitenden mit der Schußwaffe und dem Polizeiknüppel trennen. Nach den bisherigen Feststellungen wurden ein Nationalsozialist und eine unbeteiligte Frau getötet, verletzt wurden zwölf Personen schwer, darunter ein Polizeibeamter.

WTB. Wien, 16. Okt. Als heute vormittag ein nationalsozialistischer Demonstrationszug an dem im Wiener Arbeiterort Siemering gelegenen sozialdemokratischen Verbandshaus vorbeimarschierte, kam es zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten zu schweren Zusammenstößen, worauf die Polizei das ganze Viertel absperrte, um Zuzug fernzuhalten. Insgesamt wurden ein Polizeiinspektor und drei Nationalsozialisten getötet, etwa fünfzehn Personen, zum großen Teil Nationalsozialisten, wurden mehr oder weniger erheblich verletzt. Die Polizei verhaftete im sozialdemokratischen Verbandshause 45 Schutzbündler und beschlagnahmte 70 Gewehre.

Zu den blutigen Zwischenfällen erklärte Bundeskanzler Dr. Dollfuß einem Redakteur des „Morgen" u. a., die Tatsache, daß es den Sicherheitsbehörden gelungen ist, sofort alle weiteren Ausschreitungen zu verhüten, und die Ruhe in der Stadt sicherzustellen, beweise, daß kein Anlaß zur Beunruhigung vorhanden ist. Aber er könne Entgleisungen von so folgenschwerer Tragweite künftighin nicht dulden. Die Ruhe und Sicherheit des Staates müsse von allen Zufälligkeiten unabhängig gemacht werden. Die Maßnahmen, die er dem Minister Montag vorzuschlagen beabsichtige, würden vollkommen ausreichen, um dieses Ziel zu erreichen.

Zerstörung der Wirtschaft

Die Kölner Industrie- und Handelskammer hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem sie unter Hinweis auf die „täglich eingehenden Nachrichten über schwere Schäden des Außenhandels durch die Kontingentierungsbestrebungen" über Verlust von mühsam erworbenen Absatzgebieten, Vergebung von bisher deutschen Lieferungen an das konkurrierende Ausland, auf die zunehmende starke Mißstimmung in der Kaufmannschaft und die sehr ungünstigen Einwirkungen auf den Arbeitsmarkt, die sofortige Einstellung der Kontingentierungspolitik für ein Gebot der Stunde erachtet und dringend gebeten wird, entsprechende Maßnahmen unverzüglich zu treffen. Aehnliche Telegramme, in der die Regierung um Aenderung ihrer Haltung ersucht wird, werden auch von anderer Seite an die Reichsregierung gerichtet. Man befürchtet infolge der Gegenmaßnahmen der italienischen Regierung, die den deutsch-italienischen Handelsverkehr lahmlegt, um den Firmen die Verfügung über ihre italienischen Guthaben erschwert, eine weitgehende Betriebseinschränkung der Industrie.

Tagesschau

Die deutsche Handelsbilanz schließt Ende September mit einem **Ausfuhrüberschuß** von 84 Millionen Reichsmark ab gegenüber 97 Millionen Reichsmark im August.

*

Berlin, 15. Okt. Am 30. September waren 207 000 Personen im **freiwilligen Arbeitsdienst** beschäftigt.

*

Bern, 15. Okt. Der Bundesrat hat in Abänderung seines Beschlusses vom 2. September 1932 Zollzuschläge auf Futtermittel beschlossen.

*

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, bestätigt es sich, daß das **Reichsbankdirektorium** an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet hat mit der eindringlichen Warnung, die **Kontingentierungspolitik** weiter fortzusetzen.

*

London, 15. Okt. Die englisch-irischen Verhandlungen sind gescheitert.

Deutsch-italienische Devisenverhandlungen aussichtsreich

Berlin, 15. Okt. Nach den letzten aus Rom vorliegenden Nachrichten stehen die Verhandlungen über eine Beilegung des Devisenkonflikts aussichtsreich.

Aus unterrichteten deutschen Kreisen erfährt man über das Abkommen folgende Einzelheiten: In das **neue Devisenabkommen** soll eine Bestimmung aufgenommen werden, die die Beibehaltung des Verhältnisses von Aus- und Einfuhr ermöglicht, wie es sich aus der Handelsstatistik von 1931 ergibt. **Italien** würde daher die Möglichkeit gegeben, über den Rahmen der allgemeinen Devisengesetzgebung hinaus den **Warenverkehr nach Deutschland aufrechtzuerhalten,** während **Deutschland** gewisse Sicherungen erhielte, daß seine **Handelsbilanz** mit Italien weiterhin akut bleibt. Das vor einigen Wochen erlassene **italienische Devisendekret** soll mit rückwirkender Kraft **aufgehoben** werden. Bei den Besprechungen über die **deutschen Kontingentierungsabsichten** konnte in einer Reihe von Fällen eine **Annäherung** erzielt werden. Auch wurde die Möglichkeit von **deutschen Gegenleistungen** erörtert.

WTB. **Rom,** 16. Okt. In Verfolg der weiteren Besprechungen zwischen deutschen und italienischen Vertretern über die Frage der Zahlungen im Handelsverkehr ist eine völlige Einigung erzielt worden. Am 17. Oktober 1932 tritt das **italienische Dekret außer Kraft,** durch das am 1. Oktober von Italien einseitig ein Devisenkompensationsverkehr zwischen Deutschland und Italien eingeführt werden sollte. Von diesem Tage ab gelten also für die Bezahlung deutscher Waren in Italien wieder die allgemeinen Regeln; alle Sondervorschriften gegenüber Deutschland sind aufgehoben.

Für die Bezahlung italienischer Waren in Deutschland gelten die allgemeinen deutschen Devisenvorschriften. Außerdem ist die **Schwedenklausel** vereinbart worden, durch die festgelegt wird, daß durch die Gutschriften auf ein Sonderkonto das **frühere Verhältnis zwischen der deutsch-italienischen Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr nicht verändert** werden darf.

Englisch-französische Kritik an Deutschland

Londoner und Pariser Blätterstimmen über die deutsche Ablehnung Genfs als Konferenzort

CNB. London, 15. Okt. Ein großer Teil der englischen Blätter zeigt für die deutsche Ablehnung Genfs als Konferenzort wesentlich weniger Verständnis als für die Weigerung Frankreichs, auf den ursprünglichen britischen Vorschlag, London als Konferenzort zu wählen, einzugehen. So erblickt z. B. die „Times" in der deutschen Stellungnahme lediglich die Wahrung eines Prestigepunktes und bezeichnet es daher als unklug, wenn Deutschland lediglich aus solchen Gründen die Viermächtekonferenz zum Scheitern bringen würde.

CNB. Paris, 15. Okt. Das Organ Herriots, „Ere Nouvelle", schreibt, Deutschland wolle nichts von einer Verhandlung wissen, bei der man sich durchaus darauf beschränken würde, die deutschen Forderungen und ihre Tragweite sich etwas genauer anzusehen.

Die sonst so vorsichtige „Volonté" nennt Deutschlands Weigerung, die Einladung Macdonalds nach Genf anzunehmen, absurd und gefährlich. Die Beweggründe der Ablehnung seien noch weniger zulässig.

Der sozialistische Abg. Leon Blum schreibt im „Populaire": Mögen die deutschen Staatsmänner nach Belieben schmollen: Die einzige richtige Antwort sei der raische Zusammentritt der Konferenz. Ihr Zusammentritt und ihr Erfolg seien angesichts der Haltung der Reichsregierung sozusagen noch notwendiger denn je. Die unnachgiebige Haltung des Reichskabinetts zwinge die Abrüstungskonferenz, ohne Deutschland zum Erfolg zu gelangen.

Reform des Völkerbundssekretariats

WTB. Genf, 15. Okt. Der Budgetausschuß der Völkerbundsversammlung stimmte heute nachmittag den Vereinbarungen über die Reform der obersten Leitung des Völkerbundssekretariats zu.

Die deutsche Auffassung, die davon ausging, daß künftig eine gerechte Verteilung der obersten Posten stattfindet und die bezweckte, die bisherige einseitige Vorherrschaft gewisser Mächte in der obersten Leitung des Sekretariats zu beseitigen, hat sich durchgesetzt. Der Grundsatz, daß nicht mehr als zwei nationale Vertreter irgend eines Mitgliedsstaates unter den obersten Posten figurieren sollen, wird nach der Entschließung, auf die man sich heute geeinigt hat, sobald wie möglich in die Praxis umgesetzt werden.

Man nimmt an, daß

dem **deutschen** Untergeneralsekretär künftig die **Wirtschafts- und Finanzabteilung,**

dem **Engländer** die **politische** Abteilung und

dem **Japaner** die Abteilung für internationale **geistige Zusammenarbeit** unterstellt werden

Hauptkandidat für den Posten des **Generalsekretärs,** der nunmehr vom Rat gewählt werden wird, wird der jetzige stellv. Generalsekretär **Avenol-Frankreich** sein, erster **stellv. Generalsekretär** wird voraussichtlich der **Norweger Hanson,** zweiter **stellv. Generalsekretär** dürfte der **italienische** Gesandte **Auriti** werden.

Neuer Völkerbundskommissar für Danzig

Genf, 15. Okt. Der Völkerbundsrat hat heute vormittag den Vertreter der Abteilung für internationale Verwaltungsfragen im Völkerbundssekretariat, den Dänen Helmer Rosting, als provisorischen Völkerbundskommissar in Danzig bis 1. Dezember ds. Js. ernannt.

Der deutsche Vertreter, Gesandter v. Rosenberg, erklärte hierzu, daß die deutsche Regierung in Anbetracht der ausgezeichneten und allgemein anerkannten Eigenschaften Helmer Rostings seine Ernennung zum provisorischen Kommissar billige. Er bedaure jedoch, daß es nicht möglich gewesen sei, sofort einen endgültigen neuen Völkerbundskommissar zu ernennen, wie es die schwierige Lage in Danzig verlange.

Baronsregierung und Stahlhelm

Der Vorstand der **Sozialdemokratischen Partei** hat sich dieser Tage an das Reichsministerium des Innern gewandt, um eine Aufhebung oder Lockerung des Verbots für Versammlungen unter freiem Himmel zu erreichen. Der Reichsminister des Innern hat nun in einem Schreiben vom 13. Oktober mitgeteilt, daß er sich nicht in der Lage sähe, der Anregung zu entsprechen, „da die Voraussetzungen für eine derartige Maßnahme noch nicht erfüllt sind".

Dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei war mitgeteilt worden, daß zwischen der **Reichsregierung** und dem **Stahlhelm** Verhandlungen über eine allgemeine Gefallenenehrung am am 1. und 2. November im Gange wären, die also vier Tage vor der Wahl anstelle des sonst üblichen Totensonntags am 20. November stattfinden sollte. Dabei sei beabsichtigt, für den **1. und 2. November einen allgemeinen Burgfrieden** anzuordnen, so daß die übrigen Parteien gegenüber dem Stahlhelm, der die Gefallenenehrung natürlich zu parteipolitischen Zwecken ausgestalten würde, benachteiligt wären. Der Reichsminister des Innern teilt auf eine dahingehende Anfrage lediglich mit, daß der Erlaß eines allgemeinen Burgfriedens für den 1. und 2. November nicht beabsichtigt sei. **Auf die Mitteilung, daß Verhandlungen zwischen dem Reich und dem Stahlhelm stattgefunden haben, antwortet er nicht.**

Ein Prinz bummelt

Wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands in den nordischen Ländern

Hamburg hat seine Sensation gehabt. Der Prinz von Wales besuchte in nächtlicher Stunde die Vergnügungsstätten in St. Pauli, das Chinesenrestaurant, den Kellerhypodrom mit seinen abgetriebenen Gäulen und schließlich das Zillertal, wo hochbusige Kellnerinnen ihm den schäumenden Maßkrug überreichten. Man könnte sagen, Prinzeneinfall, Prinzenlaune. Aber hinter dem Prinz von Wales steckt etwas mehr, das dem deutschen Volk zu denken geben müßte.

Dieser Prinz von Wales hat, ehe er seinen nächtlichen Bummel über die Reeperbahn unternahm, in den skandinavischen Ländern geweilt. Dieser Aufenthalt in Dänemark und Schweden war alles andere als eine Vergnügungsreise. **Der Prinzenbesuch nach dem Norden ist der Ausdruck der handelspolitischen Offensive, die England gegen Deutschland eröffnet hat.** Man veranstaltet in Kopenhagen und Stockholm Ausstellungen englischer Industriewaren. Eine reichlich informierte Presse hat den Skandinaviern vorgerechnet, daß es zweckmäßig sei, den Warenbedarf in England und nicht in Deutschland zu decken. England sei der beste Kunde der skandinavischen Länder, stehe aber als Lieferant hinter Deutschland zurück. **England lege auch dem skandinavischen Handel keine Schwierigkeiten in den Weg, wie das Deutschland mit seiner Kontingentierungspolitik tue.**

Die englischen Industriewochen in Kopenhagen und Stockholm sind wohl für den englischen Handel ein voller Erfolg gewesen. Wir berufen uns dabei auf Ausführungen des **Berliner Großindustriellen Siemens,** der u. a. über die Wirkungen der englischen Handelsoffensive in den skandinavischen Ländern folgendes sagte:

„In den letzten Tagen sind von unsern Büros in Schweden, Holland und Dänemark wieder Berichte eingelaufen, daß uns zugedachte Aufträge zum Teil zu höheren Preisen an England gegeben wurden, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß dies die Folge der vorletzten deutschen handelspolitischen Maßnahme sei."

Sicher, England hat es gegenwärtig leicht, der deutschen Konkurrenz das Wasser abzugraben. Es nutzt geschickt die Verstimmung gegen die deutsche Kontingentierungspolitik aus. Wenn nun die deutschen Zeitungen von dem nächtlichen Bummel des Prinzen von Wales in St. Pauli berichten und nicht von der Mission des Prinzen in Kopenhagen und Stockholm, dann erinnert uns das an jenen anderen Prinzen von Wales, der, lange vor dem Weltkriege, für die englische Herrenkleiderindustrie Propaganda lief und als König Eduard von England die politische Einkreisung Deutschlands vollog. Die wilhelminische Diplomatie hat damals alles getan, um diese Einkreisung zu erleichtern. Die deutsche Handelspolitik tut gegenwärtig alles, um die wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands zu erleichtern.

Es ist saudumm, sich bei der Betrachtung dieser Entwicklung von „Gott-strafe-England-Gefühlen leiten zu lassen. Wir sollen in Deutschland gefälligst daran denken, daß der englische Vorstoß gegen den deutschen Warenexport erst durch die Dummheit der deutschen Kontingentierungspolitik möglich geworden ist. Bringen wir diese Dummheit auf eine Formel: Wir besorgen mit unserm Kontingentierungsrummel die Geschäfte Englands und der englischen Exporteure.

Was der Großindustrielle Siemens über die Erfahrungen in seinen Büros gesagt hat, wird von anderen Seiten bestätigt. In diesen Tagen hat das **rheinisch-westfälische Kohlensyndikat** ein dringendes Telegramm an den Reichskanzler von Papen gerichtet. In diesem Telegramm wird darauf hingewiesen, daß die Schäden der Kontingentierungspolitik für den deutschen Kohlenexport unübersehbar seien. Wenn die Kohlenlieferungsverträge mit den europäischen Ländern, insbesondere die Lireverträge mit Italien, demnächst ablaufen, würde für den deutschen Kohlenexport eine Katastrophe eintreten. Der deutsche Kohlenexport stünde dann vor einem Trümmerhaufen.

Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung ihren unglücklichen Kurs in der Handelspolitik aufgibt und nicht mehr wie bisher aus politischen Rücksichten wirtschaftliche Notwendigkeiten mit Füßen tritt.

Der Prinz von Wales sollte warnen!

Oesterreich will Miliz

Aus **Wien** wird berichtet:

Die **christlich-soziale Bauernschaft** hat auf die Tagesordnung einer für Ende November nach Wien einberufenen Massenversammlung die Forderung nach **„Wiederherstellung des alten Heeres"** gesetzt. Wie das dem Rechtsflügel der Christlich-Sozialen dienende „Neuigkeitsweltblatt" meldet, verlange der Bauernbund nicht etwa die Wiederherstellung der alten Wehrverfassung Oesterreichs, wohl aber das **Milizsystem nach Schweizer Muster.** Der Gesandte Pfügl in Genf ist von der österreichischen Regierung beauftragt worden, bei den Vertragsmächten von St. Germain in diesem Sinne zu sondieren. **Durch die deutsche Gleichberechtigungsforderung sei die Rüstungsfrage wieder ins Rollen gekommen** und jetzt liege eine Meldung aus Paris vor, daß man im französischen Außenministerium **Verhandlungen mit Oesterreich, Ungarn und Bulgarien wegen ihrer Wehrverfassung** vorbereite.

Das Blatt behauptet: „Oesterreichs Außenpolitik ist in diesem Augenblick darauf gerichtet, einerseits die deutsche Gleichberechtigungsforderung, soweit sie sich nicht auf Aufrüstung bezieht, zu unterstützen, andererseits aber ebenso für sich selbst die Forderung der Gleichberechtigung durchzusetzen". Da auch in der „Reichspost" ähnliche Forderungen aufgestellt werden, wie sie der Bauernverband erheben soll, und auf der kommenden Heimwehrtagung die Wehrfrage nicht minder im Vordergrund stehen soll, scheint die österreichische Regierung auf getrennten Wegen gleichen Zielen zuzusteuern wie die Regierung Papens.

Wahlschwindel der Nazis

Das Berliner Naziblatt berichtete in dicken Lettern über einen „Wahlsieg in Schlesien" folgendes:

„In der früher roten Hochburg Steingrund, Kreis Waldenburg (Schlesien) fanden die Wahlen zur Gemeindeverwaltung statt. Die Nationalsozialisten konnten ihre Stimmenzahl gegenüber den letzten Reichstagswahlen noch vergrößern. Es erhielten Nationalsozialisten 293 Stimmen (267), Sozialdemokratie 132 (142). Die NSDAP. erhielt also fast 66 Proz. aller abgegebenen Stimmen."

Was ist die Wahrheit? In Steingrund standen sich zwei Listen gegenüber, die Sozialdemokratie und die Bürgerlichen. **Diesem Bürgerblock hatten sich die Nazis angeschlossen.** Bei der letzten Reichstagswahl musterten die Hitleristen 267 Stimmen. **Jetzt haben sie zusammen mit den Hugenbergern 293 Stimmen erhalten gegen 315 am 31. Juli.**

So wird aus einer gemeinsamen Niederlage der Harzburger ein alleiniger Sieg der Nazis, und so bekämpft in Wahrheit die „Arbeiterpartei" des Herrn Hitler die Barone und die „feinen Leute" des Herrn Hugenberg.

Wortbruch und Demagogie bei den Nazis

Der bisherige Geschäftsführer der agrarpolitischen Abteilung der **Nationalsozialisten** im Gau Thüringen, **Dr. Ennker,** ist aus der Partei ausgetreten. Ennker hatte u. a. die verantwortliche Schriftleitung der Beilage „Der Landwirt" des in Weimar erscheinenden „Nationalsozialist".

Der Austritt erfolgte, wie Ennker in dem hiesigen deutschnationalen Blatt ausdrücklich schildert, wegen der **Demagogie** der Nazipartei. Vor ihrem Regierungsantritt hatten die Nationalsozialisten das von der früheren Regierung erlassene Milchgesetz scharf bekämpft. Jetzt sitzen sie in der Regierung, aber sie denken gar nicht daran, ihre Versprechungen wahr zu machen. Als sich Ennker dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung gegen die Nazidemagogie wandte, in der er die Aufhebung des Gesetzes forderte, antwortete der Nazi-Volksbildungsminister mit seiner Amtsenthebung. Ennker schreibt darüber wörtlich:

„Ich mußte noch am gleichen Tage die Akten abgeben und auch das Zimmer räumen. Der Geschäftsführer der Nazigauleitung wollte mir nicht einmal Zeit lassen, meine eigenen schriftlichen Sachen herauszunehmen. Ich mußte ihn erst auf den nationalsozialistischen Grundsatz der Achtung vor dem Eigentum aufmerksam machen."

Sechs nationalsozialistische Zeitungen verboten

Koblenz, 15. Okt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die in Köln erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Westdeutscher Beobachter" und fünf Töchterblätter, die an sich zwar selbständig sind, aber das Artikelmaterial des „Westdeutschen Beobachters" abdrucken, von heute ab auf fünf Tage verboten.

Französische Senatsersatzwahlen

Paris, 16. Okt. In den Departements, deren Namen mit den Buchstaben A bis O beginnen, fanden heute Ersatzwahlen für den Senat statt. Im ganzen handelt es sich **um 111 Sitze.**

Das Schlußergebnis nach dem dritten Wahlgang ist folgendes: Die 111 zu vergebenden Sitze verteilen sich auf die verschiedenen Parteien wie folgt:

Rechtsstehende 6 (Gewinn 0, Verlust 1),
Rechtsstehende Republikaner 11 (Gewinn 3, Verlust 2),
Linksrepublikaner 26 (Gewinn 6, Verlust 10),
Rechtsstehende Radikale 18 (Gewinn 8, Verlust 6),
Radikale 49 (Gewinn 10, Verlust 7),
Sozialisten 1 (Gewinn 0, Verlust 1),
Kommunisten 0 (Gewinn 0, Verlust 0),
Gesamt: 111 (Gewinn 27, Verlust 27).

So sah es nach den Arbeitslosen-Unruhen in Belfast aus

Blick in eine Straße von Belfast, in der das hölzerne Straßenpflaster aufgerissne und in Brand gesteckt wurde.

Ein Knabe wärmt sich nach dem Kampf die Hände an dem brennenden Holzstoß. Im Vordergrund sind die Fliesen zu Barrikaden aufgebaut, um die Polizeiwagen an der Durchfahrt zu hindern.

Freistaat Baden

Das Konkordat

Die „Neue Badische Landeszeitung" (Samstagabend-Ausgabe) meldet:

„Wie von zuständiger Seite berichtet wird, ist das Konkordat zwischen dem Lande Baden und der römischen Kurie am Mittwoch, den 12. d. M., abends, im Kloster Hegne bei Konstanz unterzeichnet worden. Als Vertreter der Kurie fungierte dabei Kardinalstaatssekretär Pacelli, der seinen Erholungsurlaub in Rorschach unterbrochen hatte und im Kraftwagen nach Hegne gekommen war. Die badische Regierung war durch Unterrichtsminister Dr. Baumgartner vertreten. Außerdem war noch Erzbischof Dr. Gröber von Freiburg anwesend. Die Veröffentlichung des Vertragswerks, das die einmütige Zustimmung aller Kabinettsmitglieder erhalten hat, soll erst nach der Reichstagswahl erfolgen.

Eine entsprechende Vorlage an den Landtag wird jetzt im Unterrichtsministerium ausgearbeitet."

Zu dieser Meldung bemerkt der „Badische Beobachter":

„Es ist nach unseren Erkundigungen **richtig**, daß zu dem angegebenen Zeitpunkt **wichtige abschließende Verhandlungen zur Fertigstellung des Konkordats** stattgefunden haben. Hinzuzufügen wäre noch, daß auch die Verhandlungen mit der **neuen evangelischen Kirchenregierung** formell aufgenommen worden sind, um auch den Vertrag mit der evangelischen Landeskirche gleichzeitig zum Abschluß bringen zu können. Die letzte Entscheidung, die bekanntlich im Landtag zu erfolgen hat, setzt diese Vorbereitungen notwendig voraus.

Im übrigen finden wir es bemerkenswert, daß derartige Veröffentlichungen, wie in dem Mannheimer demokratischen Blatt, die in ihrer sensationellen Aufmachung die dahinter stehende Absicht leicht erraten lassen, fortwährend gerade in der Presse einer Partei zu verzeichnen sind, die es bei den letzten Reichstagswahlen noch auf drei Mandate unter über 600 brachte.

Die durchsichtigen Bemühungen beweisen erst recht die Großzügigkeit dieser Presse bzw. ihrer hierfür in Betracht kommenden Hintermänner, nachdem in den großen deutschen Ländern Preußen und Bayern Konkordate längst mit Zustimmung der dortigen Volksvertretungen geschaffen wurden."

Die „Hintermänner" des Mannheimer Blattes müssen mit Mitgliedern der badischen Regierung oder des Unterrichtsministeriums doch enge Fühlung haben, sonst könnten sie unmöglich von den sicher sehr vertraulich gehaltenen Besprechungen und Abmachungen am schönen Bodensee genau zur Kenntnis bekommen haben. Die katholische Kirche und das Zentrum haben es sehr eilig mit dem Abschluß eines Konkordats und man muß beiden das eine Kompliment machen, daß sie mit großer Zähigkeit und Energie das einmal gesteckte Ziel zu erreichen suchen. Da wir bereits gehört haben, als kürzlich in der Oeffentlichkeit die Konkordatsfrage besprochen worden ist, daß im badischen Kabinett eine sichere Mehrheit für den Abschluß des Konkordats vorhanden ist, und, wie wir jetzt hören, mit der neuen und zwar erzreaktionären evangelischen badischen Kirchenregierung Verhandlungen angebahnt sind, so wird also die Bindung des badischen Staates an die beiden christlichen Kirchen wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Die „Volksstimme" in Mannheim sagt zu der Meldung der „N. B. L.":

„Wir erklären auch heute wieder, daß die **sozialdemokratische Landtagsfraktion alles tun muß, u mden Abschluß eines Konkordats zu verhindern.** Wir vermögen immer noch keinen zwingenden Grund zum Abschluß eines Staatsvertrags mit der Kurie zu erblicken."

Der neue Präsident des Landesfinanzamtes

DZ. **Karlsruhe**, 16. Okt. Es scheint nunmehr festzustehen, daß als Präsident des Landesfinanzamtes der Direktor der Steuerabteilung Dr. Müller, ausersehen ist. Die Ernennung dürfte binnen kurzem erfolgen.

Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei in Baden

DZ. **Karlsruhe**, 16. Okt. Der bisherige Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei in Baden, Dr. Zapf-Heidelberg, teilte dem Landesverband Baden mit, daß er aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sei, zu kandidieren. In der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses wurde auf Vorschlag von Finanzminister Dr. Mattes der Präsident der Badischen Einzelhandels, Kaufmann Adolf **Wilser**, zum Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei in Baden gewählt.

Kandidatenaufstellung der Staatspartei

In einer Landesausschußsitzung der Deutschen Staatspartei, die **vertraulichen** Charakter trug, wurde für die bevorstehende Reichstagswahl dieselbe Kandidatenliste wie bei der letzten Reichstagswahl aufgestellt. Sie wird geführt von Reichsfinanzminister a. D. **Dietrich** und Handwerkskammerpräsident Zimmermeister **Fischer** in Konstanz.

Bundestagung der Deutschen Friedensgesellschaft

DZ. **Bruchsal**, 16. Okt. Gestern und heute fand hier die diesjährige Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft statt. Der Abend brachte im Bürgerhofsaal eine öffentliche Kundgebung für den Weltfrieden. Ansprachen hielten General a. D. v. Schönaich, Herbers-Kassel und Prof. Hauser-Freiburg. — Landesvorsitzender Schloß-Bruchsal ließ die Kundgebung mit einem Appell für die Völkerverständigung ausklingen.

Berufung Gumbels

Wie die Deutsche Liga für Menschenrechte mitteilt, hat **Professor Gumbel Rekurs** gegen die Entscheidung des Unterrichtsministers auf die Entziehung der Venia Legendi von Newyork aus eingereicht. In der angeschlossenen ausführlichen Begründung heißt es u. a.: Das Ergebnis der Vernehmung wird erneut die bisherigen Aussagen aller anderer Zeugen bekräftigen und feststellen, daß das, **was ich wirklich gesagt** habe, **nichts** mit der Interpellation zu tun hat, welche die **Nationalsozialisten** meiner Aeußerung gegeben haben und welche das **Gutachten** des Untersuchungsausschusses zugrundelegt. Hier liegt der zentrale Unterschied vom Fall des Jahres 1924, indem ich da wirklich eine Aeußerung getan habe, welche Anstoß erregt hat und die zu Bedauern ich Grund hatte. Es besteht überhaupt **kein Zusammenhang** mit diesem nunmehr acht **Jahre zurückliegenden ersten** und einzigen Vorfall, über dessen Behandlung die Fakultät nach dem von mir damals veröffentlichten Gutachten bekanntlich keineswegs einig war und der, soweit er mir zum Vorwurf gereicht, nach den gesetzlichen Auffassungen als verjährt gelten darf.

Karl Ignaz, der Daubmann

Die **badischen Nationalsozialisten** haben sich ja immer als Mordspatrioten erwiesen. Ihr Gehaben erweckt von jeher den Anschein, als hätten sie, und nur sie alleinig Vaterlandsliebe und alles was drum und dran hängt, gepachtet. Als Karl Ignaz Hummel, vier Wochen nach seiner ersten Anwesenheit in Endingen, über das Land des Faschismus aus angeblich 16jähriger Kriegsgefangenschaft zurückkehrte und die Wogen überpatriotischer Begeisterung über dem deutschen Spießer zusammenschlugen, durften selbstverständlich die Nationalsozialisten, die die Konkurrenten des deutschen Spießbürgers von jeher gewesen sind, in der Reihe der Erregten nicht fehlen. Sie haben infolgedessen unterm 20. Juni 1932 unter dem Betreff „Rückkehr des Kriegsgefangenen Oskar Daubmann aus Endingen a. K. nach 16jähriger Gefangenschaft in Algier (Frankreich)" die bereits mitgeteilte **kurze Anfrage** an die badische Regierung gerichtet, die ihren Gipfelpunkt darin fand, daß es hieß:

„Ich frage die Regierung, was von ihr in der Sache Daubmann unternommen wurde".

Unterzeichnet war diese kurze Anfrage von Robert Wagner, M. d. L. Das ist nämlich der Mann von den Nationalsozialisten, der überall vorne dran ist, wenn eine Dummheit gemacht wird.

Diese Prüfung hat nunmehr stattgefunden und die badische Staatsregierung könnte die kurze Anfrage der nationalsozialistischen Fraktion im Badischen Landtag etwa folgendermaßen beantworten:

Auf die Anfrage des Herrn Robert Wagner, M. d. L., was die badische Regierung in der Sache Daubmann unternommen habe, bzw. noch unternehmen werde, und wie sich der Fall Daubmann aufgeklärt habe, wird erwidert:

1. Daß sich Daubmann als Schwindler gezeigt hat und
2. daß man ihn einsperren wird.

Wir wollen hoffen, daß sich Herr Robert Wagner durch diese Antwort hochbefriedigt fühlt, wenngleich auch der Lorbeerkranz, den er sich in dieser Sache holen wollte, einen übel duftenden Beigeschmack hat.

Wie wäre es mit der Hummel-Büste?

Ein Leser schreibt uns:

Jemand aus der Gemeinde **Endingen** soll, wie behauptet wurde, vor einiger Zeit bei einem Bildhauer eine **Büste** des angeblich als letzter deutscher Kriegsgefangener nach 16 Jahren aus Afrika zurückgekehrten **„Oskar Daubmann"** bestellt haben. Die Büste sollte nach Fertigstellung auf dem Endinger Rathaus Aufstellung finden. Der beauftragte Bildhauer soll die Büste beinahe fertig haben. Selbstverständlich ist es, daß die Auftraggeber nunmehr gehalten sind, dem Künstler seine Arbeit auch zu honorieren Dazu wäre folgender Vorschlag zu machen:

Man soll von dem Bildhauer verlangen, daß er die bis jetzt vorerst in Gips ausgeführte Büste, so wie sie ist, zur Ablieferung bringt. Ferner soll er verpflichtet werden, die Büste erneut abzugießen und lediglich das Gesicht abzuändern. Dieser zweite Abguß soll abgeändert das **Gesamtgesicht des deutschen Spießbürgers** tragen, dessen Verhalten erst dem Schneider Karl Ignaz Hummel es ermöglichte, den „Oskar Daubmann" zu spielen. Diese Büste wäre dann auf dem Marktplatz in Endingen aufzustellen.

Die andere Büste aber, die den **wirklichen „Karl Ignaz Hummel"** darstellt, wird der **„Badischen Presse"** in Karlsruhe überantwortet, die sie zum ewigen Angedenken an den deutschen Schmock an ihrem Haus in der Lammstraße in Karlsruhe und zwar an der Ecke, anbringt, damit sie nach beiden Seiten zu sehen ist.

Wie wäre es?

Ausnahmerecht oder Narrenfreiheit

In seinen bombastischen Tiraden hat sich Adolf Hitler dieser Tage in einer Nürnberger Rede wieder einmal nach dem Bericht des „Führers" folgende Kraftstelle geleistet:

„Seitdem es in Deutschland Minister gibt mit so verschiedenen Charakteren, sind diese Posten nicht so verführerisch, als daß ein anständiger Mann seine Ehre und sein Gewissen damit belasten könne."

Wenn ein Linksblatt oder ein Linkspolitiker gegenüber der Reichsregierung solche Kraftstellen, die die persönliche Ehre der Regierungsmänner herabsetzen, leisten würde, so hätte es mit dem Verbot und allerhand sonstigen Folgen zu rechnen. Bei Hitler ging dies anscheinend nicht. Besteht hier ein Ausnahmerecht oder Narrenfreiheit?

Aenderung der Ablösung der Gebäudesondersteuer

Das Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 49 enthält über die Aenderung der Vorschriften über die Ablösung der Gebäudesondersteuer eine Verordnung des Staatsministeriums, wonach die Gebäudesondersteuer auch noch in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 31. März 1933 mit dem Dreifachen des vollen Jahresbetrages der Gebäudesondersteuer abgelöst werden kann. In diesem Falle sind die für die Zeit vom 1. April 1932 bis zum 30. September 1932 erhobenen Gebäudesondersteuerbeträge zur Hälfte auf den Ablösungsbetrag anzurechnen. Die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zur Entrichtung des Ablösungsbetrages fällig gewordenen Gebäudesondersteuerbeträge sind neben dem Ablösungsbetrage zu zahlen. Diese Vorschriften treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 in Kraft.

Verordnung über Dienstaufsicht im Justizwesen

Der Justizminister hat eine Verordnung zur Aenderung der Verordnung über die freiwillige Gerichtsbarkeit erlassen. Sie betrifft die **Dienstaufsicht über die Notariate.** Danach führen die Landgerichte die unmittelbare Dienstaufsicht über die Notariate ihres Bezirkes; ihre Dienstaufsicht erstreckt sich auch auf die Tätigkeit der Notariate als Vollstreckungsgerichte. Die Oberaufsicht steht dem Justizministerium zu. Die den Landgerichten zustehende Dienstaufsicht übt die Zivilkammer aus, in welcher der Landgerichtspräsident den Vorsitz führt. Das Justizministerium kann für einzelne Zweige der Dienstaufsicht anstelle der Zivilkammer den Landgerichtspräsidenten für zuständig erklären.

Eine weitere Verordnung handelt von der unmittelbaren **Dienstaufsicht über die Amtsgerichte**, die dem Landgerichtspräsidenten übertragen ist. In wichtigen Fällen haben diese eine Beschlußfassung des Präsidiums des Landgerichts herbeizuführen.

Gewerkschaftliches

„2000 Neueinstellungen bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe"

Der Einheitsverband der Eisenbahner, Bezirk Karlsruhe, schreibt uns:

Unter dieser Ueberschrift will eine durch die Presse laufende Notiz der Oeffentlichkeit kund tun, wonach im Reichsbahndirektionsbezirk Karlsruhe 1800 Zeitarbeiter und 200 Stammarbeiter neu eingestellt worden seien. Diese Notiz verfolgt offenbar den Zweck, die Oeffentlichkeit irre zu führen. Wahr ist folgendes:

Im Reichsbahndirektionsbezirk Karlsruhe wurden im Monat **September über 2000 Arbeiter entlassen.** Darunter waren alte Stammarbeiter mit bis zu 30 Dienstjahren und ca. 900 Arbeiter, welche bis zu 20 Jahren in den Ausbesserungswerken, Bahnbetriebswerken, Rangierbahnhöfen oder sonstigen Dienstzweigen gearbeitet hatten. Der andere Teil waren sog. Zeitarbeiter, welche nur zur vorübergehenden Beschäftigung eingestellt waren.

Die Veröffentlichung der Notiz über die angeblich 2000 Neueinstellungen soll das rücksichtslose Verhalten der Deutschen Reichsbahngesellschaft verschleiern. Die Entlassungen im September erfolgten, trotzdem der Deutschen Reichsbahngesellschaft Mittel zur Weiterbeschäftigung zur Verfügung gestellt waren. Mit den Entlassungen hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft nichts anderes bezweckt, als den **Tarifvertrag zu unterhöhlen**, den Arbeitern ihren **Urlaub und sonstige aus dem Tarifvertrag erlangten Rechte zu nehmen.**

Die **200 Stammarbeiter**, welche in Baden wieder eingestellt wurden, sind lediglich auf die **Feierschichten der anderen Arbeiter** zurückzuführen. Durch Einlegung von je einer Feierschicht pro Woche werden Tagewerke für weitere 200 Stammarbeiter eingespart. Die angeblichen **1800 „neu eingestellten Zeitarbeiter"** sind nur wieder eingestellt, sie werden höchstens auf die **Dauer von 2 bis 3 Monate** beschäftigt, wo dann dieselben wieder arbeitslos sind, ohne aber ein Einspruchsrecht beim Arbeitsgericht geltend machen zu können. Der Bericht über die angeblichen 2000 Neueinstellungen erinnert lebhaft an die „glorreichen Berichte" während des Weltkrieges.

Streik der Weser-Binnenschiffer

Bremen, 15. Okt. Die Binnenschiffer des Weserstroms sind gestern in den Streik getreten und damit einer von den Kommunisten ausgegeben Parole gefolgt, die nach Ablehnung der Lohnforderungen durch die Arbeitgeber zum Streik aufgefordert haben, obwohl der alte Tarif zur Zeit noch Gültigkeit hat. Aus Hameln, Minden und anderen Orten der Ober- und Mittelweser wird gemeldet, daß auch dort sämtliche Weserschiffer in den Streik getreten sind.

Soziale Rundschau

Belebung des Innenmarktes durch zusätzliche Arbeitsbeschaffung

Wenn es nicht gelingt durch **zusätzliche Arbeit** einem wesentlichen Teil der unter der Arbeitslosigkeit schwer leidenden Volksgenossen umgehend eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben, werden wir im kommenden Winter mit acht Millionen Arbeitslosen und einer unermeßlichen Steigerung des Elends weiter Volkskreise rechnen müssen.

Umfangreiche Untersuchungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Organe haben die Möglichkeit einer zusätzlichen Arbeitsgelegenheit in großem Ausmaß ergeben. Sie haben weiter ergeben, daß die **Bauwirtschaft** in den Vordergrund eines jeden Arbeitsbeschaffungsprogramms gestellt werden muß, weil sie, wie kein anderer Wirtschaftszweig geeignet ist, den Inlandsmarkt und damit die Gesamtwirtschaft zu beleben.

Neben der **landwirtschaftlichen Siedlung** und der **vorstädtischen** Kleinsiedlung kommen für diesen Zweck die Arbeiten der **Reichsbahn**, der **Reichspost**, der **Straßenbau**, Arbeiten für den Hochwasserschutz, **Hausinstandsetzungsarbeiten** und der immer dringender werdende **Kleinwohnungsbau** in Frage. Alle diese Arbeiten können sofort begonnen und zum Teil auch im Winter fortgesetzt werden. Sie rechtfertigen deshalb einen raschen Entschluß und tatkräftige Förderung durch alle in Betracht kommenden behördlichen und sonstigen Stellen.

Wie weit und in welchem Umfange die landwirtschaftliche Siedlung zur Arbeitsbeschaffung geeignet ist, untersuchte **Staatssekretär Hans Krüger** in einem eingehenden Vortrag auf dem am 24. September 1932 stattgefundenen Ostdeutschen Bauhüttentag mit dem Ergebnis, daß mit der Unterbringung von 400 000 bis 450 000 Arbeitskräften auf 120 000 Siedlerstellen gerechnet werden könne, und daß für den Bau dieser Siedlungen jährlich rund 30 000 Bauarbeiter beschäftigt werden könnten. Dazu kommt noch der Einfluß der Siedlung auf die Belebung des örtlichen Handwerks, Handels und Verkehrs.

In einem ebenfalls auf dem Ostdeutschen Bauhüttentag gehaltenen Vortrag unterrichtet der stellvertretende Bundesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Willi Eggert**, über die zusätzlichen Arbeitsmöglichkeiten. Den Wortlaut dieser beiden bedeutsamen Vorträge enthält die soeben erschienene Doppelnummer 19/20 der von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6, herausgegebenen **Zeitschrift „Bauen Siedeln, Wohnen"**.

In wie engem Zusammenhang **Wohnung und Verdienst** stehen, zeigt eine Statistik über Mietrückstände und Ausfälle, nach der die Mietrückstände bei 157 berichtenden Dewogbetrieben am 31. Juli 1932 bereits 3,23 und die Mietsausfälle am gleichen Tage 3,24 v. H. der Jahressollmieten betrugen. Eine Umfrage der Schiffszimmergenossenschaft in Hamburg über den Anteil der Miete am Gesamteinkommen ergab für Erwerbslose bei Altwohnungen einen Mietanteil bis zu 64,9 und bei Neubauten sogar bis zu 75,2 v. H. Noch krasser war das Verhältnis bei den Sozialrentnern, wo sich der Anteil der Mieten am Gesamteinkommen bis zu 117 v. H. auswirkte.

Achtung, Waldarbeiter!

Die Arbeiter für Forstwirtschaft und Fischerei, insbesondere die Forst-, Wald- und Holzarbeiter, sind im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland für die Zeit vom 24. Oktober 1932 bis einschließlich 1. April 1933 wieder zur Krisenfürsorge zugelassen.

Volkswirtschaftliches

Vor einem Benzin-Streik?

Stuttgart, 15. Okt. Die Erregung unter den Kraftfahrzeugbesitzern ist hier, wie der ADAC. mitteilt, über die letzten Benzinpreissteigerungen außerordentlich groß. Der genannte Club ruft seine Mitglieder für Dienstag, den 18. Oktober, zu einer Protestversammlung nach Stuttgart ein, in der „Kampfmaßnahmen" beschlossen werden sollen. Aehnliche Kundgebungen sind für das ganze Reichsgebiet in Aussicht genommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus aller Welt

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich

Paris, 17. Okt. Sonntag abend fuhr unweit des Bahnhofes Cérences (Dep. Manche) ein vollbesetzter Personenzug in höchster Geschwindigkeit auf einen rangierenden Güterzug auf. Die ersten Wagen des Personenzuges und mehrere Wagen des Güterzuges wurden buchstäblich zertrümmert. Sieben Reisende, fünf Männer und zwei Frauen, wurden als Leichen geborgen. 15 Reisende wurden schwer verletzt.

Neubaueinsturz

CNB. Kassel, 17. Okt. Infolge starken Sturmes stürzte ein einstöckiger Neubau ein, wobei von zehn dort beschäftigten Arbeitern zwei innere Verletzungen erlitten.

Von einer Windhose meterweit geschleudert

CNB. Gelnhausen, 17. Okt. Eine Windhose, die einigen Passanten einen nicht geringen Schrecken einjagte, im übrigen aber nur Sachschaden anrichtete, war in der Nähe der Stadt zu beobachten. Einige Personen wurden gegen einen Baum geschleudert, während ein anderer Passant einige Meter weit auf einen Acker geschleudert wurde.

Furchtbare Brandkatastrophe in Oberhessen

Schlitz (Oberhessen), 17. Okt. Im Nachbarort Bernshausen brach gegen 11 Uhr in einem Landwirtschaftlichen Grundstück Feuer aus, das sich rasend schnell verbreitete und insgesamt fünf Bauerngehöfte vernichtete. Große Bestände an Groß- und Kleinvieh sind mitverbrannt, ebenso die gesamten Erntevorräte und die landwirtschaftlichen Maschinen. Der Schaden ist ungeheuer groß; außerdem sind die Landwirte nur zum Teil versichert.

Festnahme zum Sprengstoffanschlag auf die Pauluskirche

WTB. Aschaffenburg, 17. Okt. Hier wurde ein Maurer verhaftet der im Verdacht steht, den Sprengstoffanschlag auf die erst im Mauerwerk fertiggestellte Pauluskirche in Damm verübt zu haben.

Grubenunglück in Lothringen

Metz, 15. Okt. In Merlebach ereignete sich gegen 2 Uhr morgens ein schwerer Grubenunfall. Zwei Bergleute waren im Schacht 5 mit Betonarbeiten beschäftigt. Plötzlich löste sich die Betondecke und begrub die Bergleute unter sich. Trotz der sofort vorgenommenen Räumungsarbeiten konte einer von ihnen nur als Leiche, der andere schwer verletzt geborgen werden.

Der Amokläufer von Letmathe stellt sich der Polizei

Hagen i. W., 15. Okt. Der Täter der furchtbaren Bluttat in Letmathe, Karl Sommer, hat sich im Laufe der vergangenen Nacht der Polizei in Hagen selbst gestellt.

500 000 deutsche Wanderer

Auf einer Tagung des Herbergsverbandes ist festgestellt, daß nach den Berechnungen in Deutschland jährlich etwa eine halbe Million Männer und 12 000 Frauen aus allen Berufen, Ständen und Schichten wandern. Für diese Wanderer stehen etwa 2000 Betten in 34 Herbergen zur Heimat zur Verfügung. Im Jahre 1931 wurden diese benutzt von zusammen 283 039 Gästen in 464 215 Schlafnächten. Unter diesen Gästen waren 209 Jugendliche unter 16 Jahren und 6700 Jugendliche von 16 bis 18 Jahren.

4 077 347 Rundfunkteilnehmer

Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland betrug am 1. Oktober ds. Js. 4 077 347 gegen 4 119 531 am 1. Juli; sie ist also im letzten Vierteljahr um 42 184 = rd. 1 Prozent gesunken Unter den am 1. Oktober vorhandenen 4 077 347 Rundfunkteilnehmern befinden sich 481 627 = rd. 12 Prozent, denen die Rundfunkgebühren erlassen sind, gegen 412 177 am 1. Juli, also 69 450 mehr. Gegen den 1. Oktober 1931 ist die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer um 345 399 = rd. 9,3 Prozent, die Zahl der Rundfunkteilnehmer, denen die Rundfunkgebühren erlassen sind, um 263 436 = rd. 120 v. H. gestiegen. Nach der Einwohnerzahl von Ende 1931 (64 776 000) entfallen in Deutschland am 1. Oktober 1932 auf je 1000 Einwohner rd. 63 Rundfunkteilnehmer.

Jedes vierte englische Schiff liegt still

Auch die englische Handelsschiffahrt ist von der Wirtschaftskrise schwer getroffen. In der englischen Schiffahrtskammer wurde mitgeteilt, daß der ungenutzte liegende Schiffsraum in den letzten sechs Monaten um fast 600 000 Tonnen angewachsen sei und daß jetzt etwa jedes vierte Schiff der englischen Handelsflotte still liege.

Aus dem Gerichtssaal

Die Arbeiterzeitung verurteilt

-o- Vor dem Karlsruher Amtsgericht wurde eine Zivilklage des Genossen **Koch** gegen den Redakteur **Frauenkorn** von der kommunistischen **Mannheimer Arbeiterzeitung** verhandelt, der in einem verleumderischen Artikel allerlei Unwahrheiten über das Verhalten Kochs ausgestreut hat. Der Grund der Anklage bildete ein Artikel in der Arbeiterzeitung, der sich mit den Kampfmethoden des Gesamtverbandes befaßte, in dem vor allem dem Genossen Koch vorgeworfen wurde, er sei ein notorischer Lügner und reformistischer Bonze, dem kein Mittel zu gering sei, um es nicht gegen die KPD. anzuwenden.

Zwei Punkte waren es, die die Kommunisten besonders in Aufregung versetzten. In einer Versammlung der Hafenarbeiter soll Koch von einem Plan des Oberbürgermeisters gesprochen haben, nach dem die Stadt Karlsruhe erwogen hat, städtische Betriebsarbeiter gegen Wohlfahrtserwerbslose auszutauschen. Die Arbeiterzeitung unterschiebt dem Genossen Koch hierzu eine zustimmende Aeußerung und zieht deshalb in den schlimmsten Tiraden gegen ihn los. Genau das **Gegenteil von dem Geschreibe der Arbeiterzeitung** ist richtig. Die Gewerkschaft stand von jeher auf dem Standpunkt, daß es für die städtischen Betriebe nicht von Vorteil ist, wenn ein dauernde Umschichtung der Arbeiter vorgenommen wird.

Weiter wurde in demselben Artikel der Genosse Koch der Lüge bezichtigt, weil er einmal anläßlich der Festsetzung der Gemeindearbeitertarifs in Rastatt von dem dortigen Oberbürgermeister Renner hören mußte, daß sich der dortige Stadtrat in seiner Gesamtheit gegen eine Lohnerhöhung stelle. Auf ausdrückliches Befragen, ob der kommunistische Stadtrat ebenfalls mit inbegriffen ist, wurde ihm das extra noch bestätigt. Als die Kommunisten nachher, wenn sie gegen die Lohnpolitik der SPD. loswetterten, dies hören mußten, wurden sie fuchsteufelswild und machten das einfachste in diesem Fall, sie erklärten den Genossen Koch als einen gemeinen Lügner. Aber sie sind die Hereingefallenen. Bei dem Prozeß machten die **Kommunisten nicht einmal den Versuch, den Wahrheitsbeweis** zu erbringen. Der kommunistische Stadtrat Bauer, der für seine Freunde einspringen mußte, erklärte unter Eid, daß ihm das von einem Stadtrat zugetragen wurde, dem es andere Arbeiter erzählt haben! So entsteht und arbeiten also die bekannten „A.K.". Nach dieser kurzen Beweisaufnahme war die **Verurteilung** unvermeidlich. Der **Redakteur Frauenkorn von der Arbeiterzeitung** wurde wegen Beleidigung zu einer **Geldstrafe von 100 M** und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Außerdem wird die **Veröffentlichung** des Urteils im Volksfreund und in der Arbeiterzeitung auf Kosten des Verurteilten angeordnet.

Ein Nazi wegen Verleumdung des Landtagsabg. Kurz verurteilt

-o- Man weiß, wieviel dummes und böses Geschwätz heute über Personen in Umlauf gesetzt werden, die im öffentlichen Leben stehen. Sind es gar Politiker, so können sie sich des Schmutzes, der über sie geschüttet wird, kaum erwehren. Lange Zeit haben die sozialdemokratischen Abgeordneten sich damit begnügt, daß sie die Schreier brüllen ließen oder das Gewäsch in das Urteil der Oeffentlichkeit stellten. Das haben die Nazis ausgenützt. „Seht, sie wehren sich ja garnicht — also muß es wahr sein!" und eine neue Flut von **Verleumdungen** ergießt sich über den Betreffenden. Die allgemeine Verwilderung in der Sphäre des politischen Anstandes brachte es mit sich, daß in besonders krassen Fällen auch die Abgeordneten der Sozialdemokratie diese Dreckschleuderer festnageln und den Gerichten übergeben.

Ein treffendes Beispiel einer solchen Verleumdung bot die **Verhandlung gegen den Landwirt Wilhelm Kumm aus Grötzingen** der eines Tages in Durlach in einer Wirtschaft saß und dort mächtig schimpfte. Er legte kräftig los und erzählte auch allerhand gemeine Lumpereien, die sich der Bürgermeisterstellvertreter **Abg. Kurz** hatte angeblich zuschulden kommen lassen. Ein zufällig am Tisch sitzender Mann dem diese Sache doch zu bunt vorkam, gab dem Gen. Kurz hiervon Kenntnis, der nun seinerseits den Landwirt Kumm zur Anzeige brachte.

Die Beleidigung und üble Nachrede erblickte der Genosse Kurz darin, daß Kumm behauptete, Kurz habe während des Krieges mit einer Frau, die bei ihm beschäftigt war, ein Verhältnis gehabt, später aber, als sie ausgebraucht war, hätte man sie auf die Hub gebracht. Der Genosse Kurz der als Nebenkläger erschien, wurde als Zeuge vernommen. Unter Eid sagte er aus, daß **kein Wort** dieser gemeinen Verdächtigung wahr sei und von dem Angeklagten völlig aus der Luft gegriffen ist. Die Verteidigung spielte bei dem Prozeß eine recht üble Rolle. Trotzdem die Sache bereits 17 Jahre zurückliegt, und man von bestimmter Seite daraus **ein politisches Wahlgeschäft** machen wollte, wollte der Nazi-verteidiger den **Wahrheitsbeweis** dafür antreten, daß ein solches Gespräch im Umlauf war! Er vertrat dabei die Auffassung, daß man seinen Mandanten deshalb nicht bestrafen darf, weil andere dieselbe Verleumdung ebenfalls ausgesprochen haben. Unter seinem Eid wiederholte Abg. Kurz mehrere Male, daß **auch nicht ein Wörtchen** an der Sache ist. Trotzdem fand der Verteidiger auch nicht ein Wort zur Entschuldigung. Man kann deshalb verstehen, daß der Vertreter des Nebenklägers auf eine energische Bestrafung des Lästermaules bestand, damit es endlich einmal Ruhe gibt. Es gehört eine gehörige Portion Mut dazu, unserem 65jährigen Abgeordneten nachher, nach diesem kläglichen Versuch der Verteidigung, noch zu sagen, daß vielleicht doch etwas dran sein muß, wenn im Dorf so etwas geredet wird. **Pfui Teufel!** vor solch einer Gesinnung. Seinem Mandanten hat dieser Verteidiger damit aber einen Bärendienst erwiesen; denn es ist sehr fraglich, ob dieser allein diesen unwürdigen Standpunkt auch in der Berufungsinstanz aufrecht gehalten hätte. **Wegen übler Nachrede** wurde der **Angeklagte Kumm** nach der Notverordnung über den politischen Ehrenschutz zu der **Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis** verurteilt. Die gleiche Strafe, die bereits in der ersten Instanz ausgesprochen wurde. Die war notwendig, um das Feld von dieser Sorte politischer Strauchritter zu räumen.

Zuchthausstrafen für politische Schlägerei

DZ. **Freiburg** i. Br., 14. Okt. Das Schöffengericht Freiburg verurteilte drei dem Reichsbanner Angehörige auf Grund der Notverordnung wegen politischer Gewalttaten zur Mindeststrafe zu je **einem Jahr Zuchthaus** und zwei der Beihilfe Angeklagte zu je einer Woche Gefängnis. Die fünf Angeklagten waren beschuldigt, einen Nationalsozialisten tätlich angegriffen und dabei verletzt zu haben. Von den Angeklagten wurde geltend gemacht, daß sie den Nationalsozialisten nicht aus politischen Gründen, sondern aus Eifersucht verprügelt hätten. Das Gericht hielt die politischen Gründe aber für gegeben. Bei der Verkündung des Urteils rief einer der Angeklagten: „Trotz allem Frei Heil!" Der Ruf wurde vom Zuschauerraum aus erwidert.

Karlsruher Strafkammer

fm. **Karlsruhe**, 14. Okt. Wegen fahrlässiger Tötung sowie Zuwiderhandlung gegen die Kraftfahrzeugvorschriften verurteilte das Karlsruher Schöffengericht am 29. Juni einen Mechanikermeister aus Spöck zu sechs Monaten Gefängnis, abzüglich 14 Tage Untersuchungshaft. Der Angeklagte war am 19. März durch die Hauptstraße in **Büchenau in Richtung** Untergrombach mit einer Geschwindigkeit von über 50 Kilometern gefahren. Er fuhr dabei mit seinem Personenkraftwagen ein dreijähriges Mädchen an, welches zur Seite geschleudert und tödlich verletzt wurde. Auf die Berufung des Angeklagten ermäßigte heute die Große Karlsruher Strafkammer (Vorsitzender: Landgerichtspräsident Dr. Rudmann) die Strafe auf drei Monate Gefängnis.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 15. bis 23. Oktober

Im Landestheater: Montag, 17. Okt. Volksbühne: Oktobervorstellung. **Die Räuber.** Trauerspiel von Schiller. 19.30 bis gegen 23 Uhr (3.90). Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Dienstag, 18. Okt. *E 4 Th.-Gem. 1—100. **Reiseprüfung.** Drama von Max Dreyer. 20 bis 22 Uhr (3.90).*

Mittwoch, 19. Okt. 1. **Sinfonie-Konzert.** Dirigent: Issaye Dobrowen. Solistin: Colette Frantz (Violine). 20 bis 22 Uhr (3.70).

Donnerstag, 20. Okt. Volksbühne: Oktobervorstellung. **Die Räuber.** Trauerspiel von Schiller. 19.30 bis gegen 23 Uhr (3.90). Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Freitag, 21. Okt. *F 5 (Freitagmiete). Th.-Gem. 301—400. **Die ägyptische Helena.** Oper von Richard Strauß. 20 bis 22.30 Uhr (5.—).

Samstag, 21. Okt. *B 5 Th.-Gem. 1. S.-Gr. **Ballett-Abend.** 20 bis 22 Uhr (4.50).

Sonntag, 23. Okt. Nachmittags: 2. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: **Der 18. Oktober.** Schauspiel von Walter Erich Schäfer. 15.15 bis 17.00 Uhr (2.60). — Abends: *G 4 Th.-Gem. 3. S.-Gr., zweite Hälfte. **Die ägyptische Helena.** Oper von Richard Strauß. 19.30 bis 22 Uhr (5.70).

Im Städtischen Konzerthaus: Sonntag, 16. Okt. * Zum ersten Mal: **Liebling adieu.** Musikalisches Lustspiel von Willy Rosen. 19.30 bis 22 Uhr (2.60).

Sonntag, 23. Okt. * **Liebling adieu.** Musikalisches Lustspiel von Willy Rosen. 19.30 bis 22 Uhr (2.60).

Auswärtiges Gastspiel: Freitag, 21. Okt. In Straßburg: **Ein Sommernachtstraum.**

Die heutige Psyche der Naziversammlungen

Die krankhafte Aufblähung der hakenreuzlerischen Zusammenrottungen in den letzten Jahren war für uneingenommene Beobachter nur ein vorübergehendes Problem. Ueberaus deutlich, sowohl in Stadt und Land, ist das schwindende Vertrauen über die hohlen, unerfüllbaren Wahl- und Werbeversprechungen auffällig spürbar. An den Vorstandstischen sitzen weder abgetakelte Offiziere, überreiche Fabrikanten, dickbäuchige Geldhamsterer noch das obere Beamtentum, das geschäftshuberische Akademikertum aller Sparten und das prinzliche degenerierte blaue Blut. **Der gesamte Feudalismus ist zur Firma Hugenberg abgewandert.** Die Rechtsliberalen, die Monarchisten, die Stockkonservativen, kurz das politische Anhängsel des Berliner Herrenklubs besuchen die marktschreierischen Naziotenparaden, nicht mehr. Die verunglückte Mißalliance mit der schwarzen Pest trug wesentlich bei, die politische Gunst zu verlieren.

Die restlichen Versammlungsbesucher sind dem urteilsreifen Sozialisten nicht unbekannt. Verunglückte Kaufleute, Beamtenhasser, Inflationsgeschädigte, Aufwertungsphantasten, Judenfresser, Posten-jäger, Gehaltsklassenschieber, historische Hysteriker, Beförderungsenthusiasten, Hyperzweifelhafte, Fürstenanbeter, Uniformhengste, Vollblutschieber und Gefängnistypen können nicht genug warten, bis das obligate Trommelkorps der Totalbraunen die Wirbel erklingen lassen.

Selbst die Reden und Referate haben schon an Blutrünstigkeit, Verlogenheit, Amerikanismus, Tollwut, Hetze, Perfidie und Volksbetrug eingebüßt. Der intellektuellere Volksteil hat schon frühzeitig die Unmöglichkeit der Halbheiten erkannt. Schon jetzt ist vorauszusehen, daß der ehemalige, vielerseits bewunderte Schwung verschwunden, die Dekadenz ist offensichtlich. Je mehr die Führerjournale in ihrem Rohton, Bubenstil, Fanatismus und Scheinidealismus toben, je bälder kehrt der vorurteilsfreie Arbeitnehmer zur sozialistischen Arbeiterbewegung wieder zurück. Die volksfremde Hakenkreuzfahne ekelt den Republikaner noch mehr an, als die Hitlerjöldner nur ahnen. Die Säle sind leerer geworden, die freien Sitzplätze reden eine statistische Sprache in ungeschminkter Rechnungsform. Das organisierte Antreibersystem will nicht mehr recht ziehen. Die Mimik der politischen Dynamik des erheuchelten Trugschlusses werden allmählich vom irregeleiteten Braunkorps erkannt.

Die gerichtlich nachgewiesenen Mordtaten schrecken die Einsichtigen und ethisch veranlagten Mitmenschen ab. Das Straßenstehen der Braununiformierten beweist zur Genüge, daß Militärersatz, Epauletten, Orden, Bänder, Gamaschen, Lederriemen und sonstige farbige Kinkerlitzen beim ewig Weiblichen nicht mehr so richtig anreizen wollen. **Wir stehen schon mithin im Nazi-Konjunkturumschwung großen Formats.** Selbst die Versammlungswütigen und Zahllustigen für das notorische Eintrittsgeld merken — wenn auch langsam —, daß der schon lang bezahlte Obolus zu voller 100 Prozent vergebens war.

Das Volk wird nazimüde und das Theoriegebäude des Finanzstrategen Feder wird als zu „federleicht" befunden. Das negative Sittengenie Röhm lockt keine ehrliche deutsche Arbeiterfrau hinter dem Ofen hervor, ebenso der priesterliche Obermagier Münchmayer verscheucht ob seiner Liebessehnsucht die letzten Gläubigen. Die Tuch-, Bändel-, Gamaschen-, Knöpfe-, Riemen- und Medaillen-Industrie, die die treibhausartige Nazibewegung bemopste und auspowerte, lacht ob ihren leichtverdienten Riesengewinnen und die Gelackmeierten sind die betörten Arbeiter der nazionalistischen Arbeiterpartei.

Am 6. November 1932 ist letzter Zahltag. ergo.

Kleine bad. Chronik

Die Verwüstungen in Laudenbach

*** Weinheim, 16. Okt. Der Schaden, den der Wirbelsturm kürzlich in Laudenbach angerichtet hat, läßt sich einigermaßen übersehen. Nach den Schätzungen des Bürgermeisteramts sind etwa 50000 Ziegel zu ersetzen. Der Gesamtschaden wird auf rund 100 000 M geschätzt, davon allein 30 000 M an Obstbäumen.**

Die letzten Tage wurden damit verbracht, wenigstens die Straßen von dem Schutt der Häuser und der abgedeckten Dächer zu befreien. Der Schaden der einzelnen Familien schwankt zwischen 400 und 2000 Mark. Die Gemeinde selbst ist infolge ihrer schwierigen Finanzlage kaum in der Lage, den Geschädigten finanzielle Hilfe zu gewähren.

*

* **Graben**, 15. Okt. **An Wundstarrkrampf gestorben.** In der vergangenen Woche zog sich der 13 Jahre alte Sohn des Mechanikers Petri eine unbedeutende Verletzung über dem Auge zu. Es scheint Schmutz in die Wunde gekommen zu sein, so daß Blutvergiftung entstand. In wenigen Tagen starb der Junge im Krankenhaus an Wundstarrkrampf.

* **Freiburg i. Br.**, 15. Okt. **Es schneit!** Seit heute mittag haben in ganz Oberbaden heftige Niederschläge eingesetzt, die auf den Höhen des Schwarzwaldes als Schnee fallen. Die Neuschneedecke beträgt etwa 5 Zentimeter, doch ist nicht damit zu rechnen, daß der Schnee liegen bleibt.

* **Kehl**, 15. Okt. **Leiche geländet.** Die Leiche des am 7. Oktober hier ertrunkenen Kiesziehers Hermann Müller wurde gestern bei Gambsheim auf elsässischer Seite aus dem Rhein geländet.

* **Auenheim**, 15. Okt. **Schwerer Unfall.** Gestern mittag kurz vor 12 Uhr stürzte im Kehler Rheinhafen der 29 Jahre alte Arbeiter Karl Fuchs aus Auenheim, der mit dem Anstreichen einer Laufbrücke beschäftigt war, aus ganz beträchtlicher Höhe von dieser ab. Unglücklicherweise fiel er noch mit dem Kopf auf ein Zahnrad und zog sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß er in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

* **Immendingen, 16. Okt. Raubmord? Die Tochter des Zimmermanns Ferdinand Mattes wurde in der Nähe des Dorfes auf einer Wiese tot aufgefunden. Kopfverletzungen lassen auf einen Mord schließen. Das Mädchen war mit einem größeren Geldbetrag unterwegs.**

* **Adelsheim, 16. Okt. Blutiger Ausgang einer Familientragödie. Eine zerrüttete Ehe hat hier ein blutiges Ende gefunden. Der Schäfer Fritz Kesselring feuerte am Samstag morgen 6 Uhr drei Revolverschüsse auf seine Frau ab, so daß diese in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Kesselring selbst machte gleich nach der Tat seinem Leben durch Erschießen ein Ende.**

* **Kirchzarten**, 14. Okt. **Schweres Unglück in einem Steinbruch.** Die beiden verheirateten Taglöhner Karl Hug und Otto Trescher von hier waren im Steinbruch mit Herrichten von Schottersteinen für die Straßen beschäftigt, als sich plötzlich ein Felsblock löste und im Herabstürzen beide erfaßte. Karl Hug mußte in die Freiburger Klinik verbracht werden, wo ihm ein Bein amputiert wurde, während Otto Trescher schwere Kopf-, Hand- und Beinwunden davontrug.

* **Titisee**, 14. Okt. **Brückeneinsturz an der Höllentalbahn.** Beim Auswechseln einer kleinen Eisenbahnbrücke der Höllentalbahn zwischen Titisee und Hölzlebruck stürzte aus noch ungeklärter Ursache die neue Eisenkonstruktion ein. Durch Wiedereinbau der alten Brücke konnte der längere Zeit unterbrochene Zugverkehr wieder aufgenommen werden. Menschenleben kamen bei dem Einsturz nicht zu Schaden.

Marktberichte

Knielinger Schweinemarkt vom 14. Okt. 1932. Zufuhr 46 Milchschweine, 5 Läufer. Preise: 16—24 M pro Paar, für Läufer 30 M pro Stück. Handel: lebhaft. — Nächster Markt am Mittwoch, den 26. Oktober 1932.

Marktbericht über den Schweinemarkt in Durlach am 15. Oktober. Befahren mit 155 Läuferschweinen, 135 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 90 bzw. 135. Preis per Paar 30—50 M bzw. 17—25 M.

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

17. Oktober:

1760 *Saint-Simon, soz. Utopist. — 1813 *Dichter Georg Büchner. — 1849 †Komponist Franz Chopin. — 1887 †Robert Kirchhoff, Physiker. — 1912 Beginn des 2. Balkankrieges. — 1919 Achtstundentag in Schweden. — 1923 Konflikt Sachsens mit Reichswehr. — 1926 †Schriftstellerin Annemarie v. Nathusius.

Tragödie vom Reißverschluß

Frischer Sportbursch im Trainingsanzug.
Kleiner Backfisch mit der großen Handtasche.
Eleganter Snob mit dem modernen Portemonnaie:
Wenn ihr den blinkenden Reißverschluß benutzt am Trainingsanzug, an der Handtasche, am Portemonnaie. —

Habt ihr einmal daran gedacht, daß es ja einen Mann geben muß, der dies praktische Spielzeug erst mal erfinden mußte?

Ich weiß etwas von diesem Mann, ich will es euch erzählen, es ist nicht sein Name und nicht sein Stand, es ist nur die Tatsache:

Der Mann sitzt . . .

Wenn ihr den Reißverschluß öffnet, das dauert zwei Sekunden. Aber bis sich seinem Erfinder die Tore von Plötzensee wieder öffnen, das dauert zwei Jahre.

Er sitzt nicht von wegen dem Reißverschluß, nun nein. Und er sitzt doch wieder von wegen dem Reißverschluß, nun ja.

Er erfand den Reißverschluß, um Geld damit zu machen. Aber weil er arm war, konnte er nur wenig Geld damit machen. Das ist so eingerichtet. Er verkaufte seine Erfindung für wenig Silber nach Amerika. Und andere machen seither viel Gold damit.

Das ärgerte den Mann, als das Silber alle war, und er wollte auch Gold machen. Und er baute ein Modell für eine Goldmachemaschine, und er fan dein paar Leute, die streckten ihm ein paar Tausender vor auf das Modell hin — — —

Ja, nun sitzt er also. Für zwei Jahre. Denn es hilft ihm nichts, daß er an seine Maschine noch glaubt. Seine Finanziers glauben nicht mehr daran und das Gericht glaubte ihm von vornherein nicht. Die gütige Justiz hat ihm erlaubt, sein Modell mit nach Plötzensee zu nehmen. Aber das ist Gnade vor Recht. Zu Recht sitzt er, nicht wahr?

Aber wenn er nun, nur mal gesetzt den Fall, wenn er nun schon Geld gehabt hätte, als er den Reißverschluß erfand? Dann hätte er selbst seine Erfindung en gros produzieren und selbst Gold machen können, indirekt mit dem totsicheren Reißverschluß und nicht direkt mit der unsicheren Maschine — —

Aber das ist eine müßige Ueberlegung. Denn er hatte nun mal kein Geld. Geschah ihm Recht. Das ist so eingerichtet.

Aber dennoch: wenn du den Trainingsanzug anziehst, frischer Sportbursch,

wenn du die Handtasche schlenkerst, kleiner Backfisch,

wenn du das hochmoderne Portemonnaie öffnest, eleganter Snob:

weibt die zwei Sekunden, die seine Bedienung erfordert, dem Erfinder, den das zwei Jahre gekostet hat,

denkt daran, wenn ihr in die Sonne blinzelt oder mit Männern kokettiert oder blinkendes Silbergeld zählt, daß euer Wohltäter indessen die Gitterquadrate seines Zellenfensters zählt —

denkt daran, daß alle Welt zufrieden ist mit dem Reißverschluß, zu Recht —

und daß aber der Reißverschlußmann nicht zufrieden ist mit der Welt, auch zu Recht —

und daß dieser kleine Umstand eigentlich ein ganz klein bißchen merkwürdig ist, und daß vielleicht diese ganze große Welt ein bißchen merkwürdig ist.

Denkt daran, denkt ein bißchen an den Mann mit der Goldmoschine, der in Plötzensee sitzt.

Es muß keine Träne sein —

Nur so ein ganz kleiner, flüchtiger Gedanke, genau so lang wie das Oeffnen des Reißverschlusses —

Zwei Sekunden nur. Ich glaube, es lohnt sich.

Yorick.

Zu Daubmanns Besuch in Karlsruhe

wird uns noch geschrieben: Der Volksfreund hatte in seiner Samstagnummer recht, als er feststellte, daß nun heute in Karlsruhe jeder, auch der begeisterte Anhänger Daubmanns, der Sache nie getraut haben will. Wie aber D. anläßlich seines Besuchs in Karlsruhe vergöttert wurde, davon folgendes Bild:

Mit Girlanden und Blumen geschmückt, stand das Auto, dem Daubmann entstiegen war, in der Sofienstraße. Er ließ sich trösten, stärken, bemuttern von den Schwestern aus dem Hause der Hl. Agnes, der Hl. Hedwig. Letztere ist die Schützerin verlassener und verwahrloster Kinder in Deutschland und Böhmen. Eine hundertköpfige Menge umstand den Wagen, bejubelte den Märtyrer, der dem Zuchthaus, fern an der Sahara gelegen, entronnen und heimgekehrt war in ein glaubensstarkes Vaterland. Nun ward er geehrt von einstigen Waffenbrüdern, bepatschthand von Offizieren, behängt mit fast vergessenen Orden und sonstigem Brimborium. Aber heute: Keiner will sich für D. betätigt oder an sein Martyrium geglaubt haben!

Ein großer Trost für uns aber ist: der Glaube und der Eifer haben diesmal vergessen, den Fall Daubmann der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Sonst ist ja die Partei an allem schuld. Aber man wird sie geflissentlich übergangen haben, weil eine patriotische Sache nur von Patrioten aufgedreht werden kann.

Zwangszusammenschluß in der Milchversorgung

Der Stadtrat nahm in seiner letzten Sitzung zu dem Plan des Ministeriums des Innern über die Bildung eines milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses für das Verbrauchergebiet Mittelbaden im Sinne des § 38 des Reichsmilchgesetzes Stellung. Eine Abordnung des Stadtrats soll dem Herrn Minister des Innern die **Bedenken** der Stadtverwaltung **gegen einen Zwangszusammenschluß** in der beabsichtigten Form vortragen.

Roter Faden

Nächste Aufführung in Karlsruhe am Freitag

Der Vorverkauf hat begonnen. Ausgabe bei den bekannten Verkaufsstellen und bei den Vertrauensleuten.

Hilfe für Hausbesitzer

Reichszuschüsse für die Instandsetzung von Wohngebäuden und die Teilung von Wohnungen

Vom Rathaus wird uns geschrieben:

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe wurde der Reichsarbeitsminister im Sommer ds. Js. ermächtigt, aus Reichsmitteln Zinszuschüsse für Darlehen, die von Altwohnhausbesitzern für größere Instandsetzungsarbeiten aufgenommen werden, zu gewähren. Durch den Bad. Minister des Innern wurden der Stadt Karlsruhe hierzu im August ds. Js. 21 000 *M* zugeteilt. Die Nachfrage nach diesen Reichszuschüssen setzte zunächst nur langsam ein, vor allem deshalb, weil deren Erlangung von der Aufnahme eines nur schwer zu beschaffenden Darlehens abhängig gemacht wurde (nach den Reichsvorschriften durften sie nicht gewährt werden, wenn der Hauseigentümer die Instandsetzung aus eigenen Mitteln vornehmen ließ) und weil der Zinszuschuß nur 10 v. H. des Darlehens betrug. Nach Ablauf eines Monats waren in 16 Fällen Zinszuschüsse in Höhe von insgesamt 3000 *M* bewilligt. Inzwischen kam die Reichsregierung zu der Ueberzeugung, daß der Anreiz zur Vornahme von Instandsetzungsarbeiten verstärkt werden müsse, und hat für Arbeiten, die nach dem 25. September ds. Js. begonnen wurden, Mittel für weitreichendere Zuschüsse bereitgestellt. Die zuerst bewilligten Mittel verbleiben, soweit sie nicht schon verbraucht sind, dem Reich. Die vor dem 25. September ds. Js. begonnenen Arbeiten dürfen im übrigen nicht etwa noch mit den jetzt geltenden höheren Zuschüssen ausgestattet werden.

Aus den neuen vom Reich bereitgestellten Mitteln sind der **Stadt Karlsruhe** durch das Ministerium des Innern **110 000 *M* für die Instandsetzung von Wohngebäuden und 30 000 *M* für die Teilung von Wohnungen und den Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen zur Verfügung gestellt worden.** Für die neuen Zuschüsse für die Instandsetzung von Wohnungen gelten in der Hauptsache folgende Bestimmungen:

Die Kosten müssen für das einzelne Grundstück mindestens 250 *M* betragen. Die Aufnahme eines Darlehens ist nicht mehr erforderlich. Das Wohngebäude muß vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sein. Enthält ein Wohngebäude neben Wohnungen sonstige Räume, so gilt es dann als Wohngebäude, wenn es überwiegend Wohnzwecken dient. Gewöhnliche Schönheitsreparaturen (wie Tapezieren und Innenanstrich von Räumen) gelten nicht als größere Instandsetzungsarbeiten, wohl aber fällt neben den Außenreparaturen auch die Einrichtung von elektrischem Licht, der Ersatz einer Ofenheizung durch eine Zentralheizung und ähnliches mehr darunter. Im Gegensatz zu den Instandsetzungsarbeiten kommt ein Reichszuschuß sowohl bei Alt-, als auch bei Neubauten für die Teilung von Wohnungen und für den Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen in Betracht. Bei der Wohnungsteilung ist eine Zuschußbewilligung davon abhängig, daß mit einer rentablen Verwertung der Teilwohnungen gerechnet werden kann.

Die Arbeiten müssen nach dem 25. September 1932 und vor dem 1. April 1933 begonnen und spätestens am 1. Januar 1934 vollendet sein. Die Kosten dürfen eine angemessene Höhe nicht überschreiten. Arbeiten, die in Schwarzarbeit ausgeführt sind, dürfen nicht berücksichtigt werden; der Gewerbebetrieb des Bauhandwerkers muß polizeilich angemeldet sein. Die Höhe des Zuschusses beträgt bei Instandsetzungen ein Fünftel der angemessenen und anerkannten Kosten, bei Wohnungsteilung und Umbau 50 Prozent der Kosten, höchstens jedoch 600 *M* für jede Teilwohnung. Der Antrag des Grundstückseigentümers muß vor Beginn der Arbeiten beim Oberbürgermeister, Abt. IV, gestellt werden. Antragsformulare sind im Rathaus, 2. Stock, Zimmer 80, erhältlich. Der Grundstückseigentümer erhält zunächst einen Vorbescheid; die endgültige Höhe des Zuschusses wird nach Beendigung der Arbeiten auf Grund der tatsächlichen Kosten festgesetzt.

Genosse Heinrich Fischer †

In den Morgenstunden des gestrigen Sonntags wurde ganz unerwartet Genosse Heinrich Fischer, früher Bezirksleiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes, zur großen Armee abberufen. Dem Alter entsprechend hätte unser Heinrich noch lange leben können, denn nicht ganz 61 Jahre währte sein Erdenwallen. Der Allvernichter Krieg hat Heinr. Fischer gesundheitlich schwer ruiniert, ein unheilbares Nervenleiden war sein „Kriegsgewinn". Trotzdem er mehrere Male eine Heilanstalt aufsuchte, blieb der ersehnte Erfolg aus.

Genosse Heinrich Fischer wurde im Jahre 1872 in Wernigerode geboren. Nach der Schulentlassung mußte er sein Brot als Bauhilfsarbeiter suchen und als Ziegelträger trat er vor 40 Jahren in Dresden dem damaligen Bauhilfsarbeiterverband bei. Die Organisation hatte mit seinem Beitritt eine guten Fang gemacht, denn recht bald zeigte es sich, daß Heinrich Fischer ein energischer Verfechter der Interessen der Bauhilfsarbeiter war und als talentvoller junger Mann wußte er auch in Organisationsfragen recht bald Bescheid. Seine Organisationskenntnisse, sowie die erfolgreiche Agitationsarbeit und sein unerschrockenes Eintreten für seine Mitarbeiter brachten ihm großes Vertrauen seitens seiner Kollegen ein, so daß er schon im Jahre 1902 als Geschäftsführer der Zahlstelle Dresden angestellt wurde. Einige Jahre darauf erfolgte seine Berufung zum Bezirksleiter von Baden-Pfalz und Elsaß-Lothringen mit dem Sitze in Mannheim. Hier galt es recht schweren Boden zu beackern, aber Heinrich Fischers eiserner Fleiß und nie versagende Ausdauer war nicht umsonst, die Organisation machte große Fortschritte, was, im Lichte der damaligen schwierigen Verhältnisse betrachtet, nicht so leicht war. Nach der Verschmelzung des Maurerverbandes mit dem Bauhilfsarbeiterverband zum Deutschen Bauarbeiterverband erfolgte der Umzug der Bezirksleitung nach Karlsruhe. Heinrich Fischers Tätigkeit wurde durch den Krieg jäh unterbrochen, denn als gedienter Pionier erhielt er recht bald den Einrückungsbefehl und er gehörte auch zu den vielen hunderttausenden Sozialdemokraten, die dem Vaterlande als die ärmsten Söhne am treuesten gedient haben. Mit einem unheilbaren Nervenleiden kam er bei Kriegsschluß wieder in die Heimat. Der aufreibenden Tätigkeit als Gewerkschaftsführer war sein Gesundheitszustand immer weniger gewachsen und schweren Herzens mußte er vor vier Jahren von der bisherigen Tätigkeit Abschied nehmen.

Gestern vormittag hat nun Allbezwinger Tod unsern treuen Freund abgerufen, ein Herzschlag setzte dem Leben unseres Genossen ein Ende. Mit Heinrich Fischer haben wir aber nicht nur einen verdienstvollen früheren Gewerkschaftsführer verloren, sondern auch die Sozialdemokratische Partei und die anderen Arbeiterorganisationen einen werten Genossen. Beim Reichsbanner, der Eisernen Front, bei den Arbeitersport- und Gesangvereinen, überall zeigte Heinrich Fischer sein großes Interesse. Er war ein ganzer Streiter in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Aber nicht nur als treuer Soldat in der großen Armee der sozialistischen Kämpferschar zeichnete er sich aus, sondern auch einen prächtigen, charaktervollen, versöhnlichen und stets hilfsbereiten Kamerad, der sich überall größter Wertschätzung erfreuen durfte, haben wir in ihm verloren. Wir werden seiner stets ehrend gedenken!

Die Feuerbestattung unseres toten Freundes findet morgen Dienstag mittag 2 Uhr statt.

Arbeiter-Wohlfahrt

Heute Montag abend 8 Uhr wichtige Vorstandssitzung in der Nähstube, Karl-Friedrich-Straße. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von **Chlorodont,** der Zahnpaste von **höchster Qualität.** Sparsam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Mutterfreuden im Stadtgarten

Auch in diesem Jahre ist es im Tiergarten gelungen eine Anzahl Jungtiere zu erhalten. Im Laufe des Sommers hat die nordamerikanische **Wapiti-Hirschkuh,** die die größte Hirschart darstellt, ein reizendes Junges geworfen, das wenige Tage später die nebenanwohnende **Damhirschkuh** veranlaßte, ebenfalls ein Jungtier in die Welt zu setzen. Auch die **Sika-Hirschkuh** erfreute den Tiergarten mit einem reizenden Hirschchen. Von der kleinen Herde der **Shetland-Ponny** wurde ein schwarzes Fohlen geboren. Eine sehr wertvolle Nachzucht ist bei den Bisons oder **Indianerbüffeln** gelungen, die in diesem Jahre sogar zwei Jungtiere gebracht haben. Ebenso hat die indische **Zebuhkuh** (Buckelochsen) ein munteres Kalb zur Welt gebracht. Im Gehege der **tibetanischen Yaks** oder Grunzochsen kann man zu gewissen Zeiten ein Jungtier sich tollen sehen, das eher einem Pudel wie einem jungen Yak ähnlich sieht.

Die Leitung des Gartens will versuchen, das Jungtier zum Reiten durch Kinder für die Reit- und Fahrbahn abzurichten, denn in ihrer Heimat werden Yaks bekanntlich in großen Herden gehalten und bilden für die Tibetaner ein wichtiges Milch- und Reittier. Das wichtigste Ereignis ist erst am Freitag dieser Woche eingetreten. Die **Dromedarstute** „Sarah" hat nach der üblichen 12monatigen Tragzeit ein munteres Fohlen geworfen, das mit seinen langen Beinen geradezu eine Karrikatur eines Kamels darstellt. Das schnatternde **Enten- und Gänsevolk** hat natürlich ebenfalls, wie in den früheren Jahren, eine Menge Junge erbrütet, die in großen Scharen dem Wärter entgegenlaufen, wenn er mit dem Futtereimer erscheint.

*

* **Das bevorstehende badische Konkordat** wird heute abend 8 Uhr, im „Volkshaus", Schützenstraße, Gen. O. Trinks in einer Versammlung des Deutschen Freidenker-Verbandes, Ortsgruppe Karlsruhe, behandeln. Wir ersuchen unsere Mitglieder um vollzähliges Erscheinen und machen darauf aufmerksam, daß auch Gäste willkommen sind.

(:) **Die Handelshochschulkurse** und die Kurse der Verwaltungsakademie beginnen am 24. Oktober mit der Vortragsreihe von Senatspräsident Dr. Levis über **Bürgerlichen Rechtsstreit.** Die in Verbindung damit, vierzehntägig stattfindenden **juristischen Uebungen** hat Ministerialdirektor Dr. Siefert vom Justizministerium übernommen. In **Volkswirtschaftslehre** beginnt Professor Dr. Wehrle einen neuen Zyklus mit einer Vortragsreihe über Theoretische Volkswirtschaftslehre. Er hält außerdem Uebungen, in welchen Vorschläge über Geld-, Währungs- und Wirtschaftsreform besprochen werden, ein Gebiet, das z. Zt. sehr weite Kreise unserer Bevölkerung lebhaft beschäftigt. Professor Dr. Schnabel spricht in einem Vollsemesterkurs über den Weltkrieg und ferner sind zwei Halbkurse für **Fremdsprachen** vorgesehen, wobei Gymnasialdirektor Dr. Ott englisch und ein junger französischer Austauschprofessor, Colson, französisch vortragen wird.

Lichtspielhäuser

Badische Lichtspiele: „Voruntersuchung."

Die Badischen Lichtspiele beginnen ihren Zyklus „Zeitfilme" — übrigens eine von Kunstkreisen freudig begrüßte Neueinrichtung — mit dem großen dramatischen Filmwerk „Voruntersuchung" nach dem Bühnenstück von Max Alsberg und Otto Hesse, das seiner Zeit auch über die Karlsruher Bühnen ging. Ein junger Student Fritz Bernt, der jahrelang mit einer Dirne gelebt hat, will sich aus Liebe zu Gerda, der Tochter eines Untersuchungsrichters freimachen. Die Dirne wird ermordet. Gerdas Vater führt die Voruntersuchung. Durch eine Reihe von Indizien wird der Verdacht auf Bernt gelenkt. Ziel der Voruntersuchung ist Ueberführung des Verdächtigen. Da kommt Walter, der Sohn des Untersuchungsrichters, der aus Liebe zu seiner Schwester mitgeholfen hat Bernt von der Dirne zu befreien, gleichfalls in Verdacht, der Täter zu sein. Die bisherige Haltung des Untersuchungsrichters wird dadurch erschüttert. Völlig gebrochen setzt er das Verhör fort. Indizienbeweis ist lückenlos, nur das Geständnis der beiden jungen Menschen fehlt. Neue Zeugen treten auf, unter ihnen — der Mörder. Die Voruntersuchung ist beendet.

Mit seinen Mitteln und Möglichkeiten gelingt dem Film, was naturgemäß im Bühnenstück nur Andeutung bleiben mußte: nämlich das Wertvollste am Inhalt dieses Zeitstücks, nicht die Darstellung der Voruntersuchung selbst, sondern des in diesen Prozeßabschnitt gespannten Geschehens, das die inneren Schwierigkeiten, die psychische Entwicklung, die der Richter durchmacht, aufzeigt. Nicht die im gleichnamigen Bühnenstück gebrachte Tendenz, sondern die, besonders im Nachtverhör zu vollkommenem Ausdruck gebrachte innere Not des Untersuchungsrichters, der als Vater und als Richter in Zwiespalt gerät, rührt leise an die Gefährlichkeit und Klippen dieses unheilbringenden Prozeßabschnitts, an die Gefährlichkeit jeder von Menschen geschaffenen Einrichtung, auch der höchsten unentbehrlichsten, das Richten über Andere.

Ein künstlerischer Auftakt zu dem ergreifenden Hauptfilm war der **Kurztonfilm** „Lichtertanz", ein Spiel blitzender Ornamente zu Musikbegleitung in sinnvollem Zusammenhang gebracht, eine Neuheit auf dem Filmmarkt, **der man große Zukunft voraussagen kann.**

Die Polizei berichtet:

Einbruch

In der Nacht zum Samstag wurde von bis jetzt noch unbekannten Tätern in einem Zigarrengeschäft der Weststadt ein Einbruch verübt. Nach den Angaben des Geschäftsinhabers wurden Zigarren und Zigaretten im Werte von mehreren hundert Mark gestohlen.

Messerstecherei

In der Nacht zum Sonntag wurde in der Altstadt ein 18jähriger Monteur von hier bei einer Streiterei durch einen Messerstich in den linken Oberschenkel erheblich verletzt und mußte ins Städt. Krankenhaus eingeliefert werden. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert.

Mutwilliger Feueralarm — Täter ermittelt

In der Nacht zum Sonntag wurde in der Altstadt ein Feuermelder eingeschlagen und 2 Löschzüge der Berufsfeuerwehr mutwilligerweise alarmiert. Der Polizei gelang es in kurzer Zeit den Täter in der Person eines 22jährigen Händlers aus der Gottesauer Kaserne festzustellen. Der Spaß wird den Täter teuer zu stehen kommen.

Verkehrsunfälle

Am Samstag nachmittag wurde eine 12jährige Schülerin beim Ueberqueren der Kronenstraße von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Das Kind wurde von seinem Vater sofort in ärztliche Behandlung gebracht, wo sich die Verletzungen glücklicherweise nicht als schwer herausstellten.

Am Sonntag nachmittag kam in der Hauptstraße in Durlach ein Motorradfahrer zu Fall und zog sich erhebliche Verletzungen zu, die seine Einlieferung ins Krankenhaus Durlach erforderlich machten. Der Unfall dürfte darauf zurückzuführen sein, daß das Motorrad auf den durch den Regen schlüpfrig gewordenen Straßenbahnschienen ins Rutschen kam.

Diebstahl

In der Nacht zum Sonntag wurde in der Altstadt von einem bis jetzt Unbekannten ein Motorrad gestohlen. Das Motorrad wurde am Sonntag früh in Mühlburg wieder aufgefunden.

Politische Auseinandersetzungen

Am Sonntag vormittag gegen 10 Uhr kam es auf der Linkenheimer Landstraße zwischen kleinen Abteilungen uniformierter Nationalsozialisten und Angehörigen des Reichsbanners zu Reibereien, die in Tätlichkeiten ausarteten. Die Polizei mußte wiederholt einschreiten und einige Beteiligte vorläufig festnehmen. Die Untersuchung ist im Gange.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetteraussichten für Dienstag, den 18. Oktober 1932: Fortdauer des unbeständigen und windigen Westwetters.

Wasserstand des Rheins

Basel 25, Waldshut 225, Rheinweiler 158, Kehl 235, Maxau 389, Mannheim 251, Caub 174 Ztm.

Veranstaltungen

Heute Faßbänder-Rohr-Trio. Es sei hiermit nochmals auf den heute, Montag den 17. Oktober, abends 8 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses stattfindenden 1. Trio (2. Kammermusik-)Abend der Konzertdirektion Kurt Neufeldt hingewiesen, der nach Jahresfrist wiederum des Faßbänder-Rohr-Trio, eine Vereinigung von internationaler Bedeutung, nach Karlsruhe bringt. Zur Aufführung gelangen Klavier-Trios von Beethoven, Tscherepnin und Mendelssohn. Es sind noch Karten für die 4 Trioabende, sowie Einzelkarten für das heutige Konzert bei Kurt Neufeldt, Waldstraße Nr. 81, erhältlich, in der Buchhandlung Bielefeld und an der Abendkasse nur Einzelkarten für heute.

Auskünfte der Redaktion

K. W. Es ist unwahr, daß Hindenburgs Sohn Mitglied der Sozialdemokratie ist oder war. Die ganze politische Einstellung dieses Herrn ist auch keine solche, die ihn zu einem Sozialdemokraten stempeln könnte.

A. S., hier. Wie das „Mutterauge" der Bad. Presse im Falle Daubmann bei der Bad. Presse zu leihen ist, fragen Sie am besten beim Allerweltsblatt an.

Schw. Gen. Scheidemann war der erste Kanzler der Deutschen Republik. Er trat zurück, als er den Versailler Vertrag unterzeichnen sollte, wozu er sich weigerte.

Bietigheim. Die Umsatzsteuer für Umsätze unter 5000 ℳ wurde vom 1. Juli 1932 ab erhoben. Bis 1. Juli 1931 wurde Umsatzsteuer, die weniger als 5 ℳ jährlich betrug, nicht erhoben. Solche Umsätze waren also steuerfrei. Nachher waren alle Umsätze unter 5000 ℳ steuerfrei.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 14. Oktober: Bernhard Schneider, 26 Jahre alt, ledig, Schiffsheizer (Gernsheim). Anna Bischoff, 65 Jahre alt, Ehefrau von Karl Bischoff, Parkettleger. Beerdigung am 17. Oktober, 14.30 Uhr. Marie Peter, 68 Jahre alt, Witwe von Hubert Peter, Reichsbahnassistent. Beerdigung am 17. Oktober, 15 Uhr. Sebald Braun, 62 Jahre alt, Ehemann, Schreiner (Bulach). — 15. Oktober: Hedwig, 2 Jahre alt, Vater Hermann Liede, Hauptlehrer. Beerdigung am 17. Oktober, 16 Uhr.

Aus der Stadt Durlach

Kurse der Arbeiterwohlfahrt

Heute abend 7 Uhr beginnen die Abendnähkurse der Arbeiterwohlfahrt im Handarbeitssaale der Lessingschule. Teilnehmerinnen wollen sich dort melden.

*

SAJ. Montag, den 17. Oktober: Wir gehen ins Theater. Treffpunkt ½7 Uhr am Glaspalast.

Sport

Kreisliga. Gruppe Baden: SpVg. Schramberg — FC. Mühlburg 1:1. FC. Freiburg — Frankonia Karlsruhe 3:2. FV. Offenburg Phönix Karlsruhe 1:1. Karlsruher FV. — FV. Rastatt 2:0. VfB. Karlsruhe — FC. Freiburg 4:1.

Bezirksliga. Kreis Mittelbaden: Beiertheim — Karlsdorf 1:4. Südstern — Rüppurr 1:1. Durlach-Aue — Söllingen 4:0. Bretten — Darlanden 1:1. Neureut — Germania Durlach 3:1. Kreis Murg: Bietigheim — Frank. Rastatt 4:3. Ottenau — Mörsch 0:2. Kuppenheim — Oetigheim 7:1. Malsch — Bischweier 2:0. Niederbühl — FV. Rastatt Ref. 2:7. Durmersheim — Forchheim 2:4. Kreis Südbaden: Oos — Lahr 2:2. SpVg. Baden-Baden — Achern 1:1. SC. Offenburg — FV. Offenburg Ref. ausgef. Kehl — VfB. Baden-Baden 4:0.

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — **Vereinsanzeiger** — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme oder werden vom Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe.

FTK. Heute abend ½9 Uhr **Technikersitzung** im Gambrinus. 5273

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Brotsuppe. Zu einer Suppe — je nachdem man sie dicklich oder flüssig liebt, nimmt man 2—3 Obertassen voll geriebenen Weißbrots. Alles in kochendes Wasser gegeben, läßt man ca. 20—25 Minuten langsam kochen, nimmt vom Feuer, zerquirlt in etwas Wasser ein Ei und einen Eßlöffel Maggi-Würze, rührt dies nebst einem Stich guter Butter und dem nötigen Salz an die Suppe und erhält so eine, auch jedem Kranken wohlbekömmliche, leicht verdauliche, nahrhafte Suppe von großem Wohlgeschmack.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 16. dieses Monats, starb unerwartet mein lieber Mann

Heinrich Fischer

Bezirksleiter a. D.

im 61. Lebensjahre.

Die Feuerbestattung findet Dienstag mittag 2 Uhr im Krematorium statt.

Frau Emma Fischer.

Karlsruhe-Rüppurr, Resedenweg 11.

Deutscher Baugewerksbund
Bezirk und Baugewerkschaft Karlsruhe i. B.

Am Sonntag, den 16. dieses Monats verschied unser langjähriger Mitarbeiter

Heinrich Fischer

Bezirksleiter

Die Feuerbestattung findet am Dienstag, den 18. dieses Monats, nachmittags 2 Uhr, im städt. Krematorium statt.

Wir werden das Andenken des Kollegen Fischer stets in Ehren halten. 5247

Der Vorstand
J. A.: R. Horter.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe

Todes-Anzeige

Den Mitgliedern die Trauernachricht, daß unser langjähriger Genosse

Heinrich Fischer

gestorben ist. Die Feuerbestattung findet am Dienstag nachmittag 2 Uhr statt und ersuchen wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.
5277 Der Vorstand.

Touristen-Verein Die Naturfreunde
Ortsgruppe Karlsruhe

Todesanzeige

Unseren Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied 5275

Heinrich Fischer

gestorben ist. Die Kremierung findet am Dienstag nachmittag 2 Uhr statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Die Vereinsleitung.

Badisches Landestheater

Montag, 17. Okt.
Volksbühne: Oktober-Vorstellung

Die Räuber

Trauerspiel von Schiller
Regie: Baumbach
Mitwirkende: Ehrhardt, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmecke, Herz, Hiert, Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Mehner, P. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Kuhr
Anfang 19.30 Uhr
Ende gegen 23 Uhr
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Preise B (0.60—3.90 ℳ).
116?

Die. 18. 10. Reiseprüfung. Mi. 19. 10. I. Sinfonie-Konzert. Do. 20. 10. Die Räuber. Fr. 21. 10. Die ägyptische Helena. Sa. 22. 10. Ballett-Abend. So. 23. 10. Nachmittags: Der 18. Oktober. Abends: Die ägyptische Helena. Im Konzerthaus: Liebling adieu.

Unterricht in russisch. Sprache erteilt bei bill. Berechnung. **Kattler.** Ludw.-Wilh.-Str. 21, III

Unterricht in Violine Mandoline, Laute, Guitarre. **Mayer,** Klauprechtstr. 30, II.

Gut möbl. Zimmer mit elektr. Licht, heizb. und Frühstück für 18 ℳ per Monat zu vermiet. Lessingstr. 53, IV, r.

Möbl. Zimmer m. el. Licht zu vermiet. Werderplatz 31, III. M.1867

SÄNGERBUND VORWÄRTS KARLSRUHE 1890

Todes-Anzeige

Unerwartet rasch verschied gestern unser langjähriges Mitglied

Heinrich Fischer

Die Kremierung findet morgen Dienstag, nachmittags 2 Uhr, statt. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. Die Sänger treffen sich um ½2 Uhr vor dem Krematorium. 5276

Die Verwaltung.

Danksagung.

Für die wohltuenden Beweise liebevoller und inniger Anteilnahme beim Heimgange unseres lieben, unvergeßlichen Vaters, durch Kranzspenden und das zahlreiche Geleit zur letzten Ruhestätte, sprechen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank aus.

Untermutschelbach, im Okt. 1932.

In tiefer Trauer: 912

Frau Mina Künzler und Kinder.

Wer unsere Auswahl — Wer unsere Preise sieht

wird und bleibt **unser Kunde**

Warme Stoffe

Mille-fleurs-Flanell	80 cm breit Meter	65 ₰
Kreppflanell	einfarbig für Sporthemden	75 ₰
Morgenrock-Velour	farbenprächtige Dessins · · · · · · · Meter	85 ₰
Morgenrock-Welliné	ca. 140 cm breit · · · · · · · · · · · · Meter	1.45
Lammfell-Imitat	f. Kindermäntel weiß, bleu, rose, 80 cm breit · · · Meter	1.75

Wollstoffe

Craquelé	reine Wolle, groß. Farbsortiment · · · Meter	1.35
Cotelé-Streifen	moderne Farbstellungen, Mtr.	1.50
Bouclé	reine Wolle, schöne fließ. Qual., ca. 93-95 cm br., Meter	2.40
Moos-Crêpe	reine Wolle, f. das elegante Nachmittagskleid, ca. 95-96 cm breit · · · · · Meter	3.25
Hammerschlag	reine Wolle, das modische Gewebe, neue Herbstfarben, ca. 128/30 cm breit, Mtr.	4.25

Samt / Kunstseide

Waschsamt	mod. Druckmust. in. groß. Auswahl Mtr. 1.50 1.25	95 ₰
Kunsts.-Samt	in neuen Mustern Mtr.	1.75
Crêpe Marocain-Druck	ca. 96/98 cm breit, in aparter Ausmusterung	2.45
Marocain-Streifen	ca. 96/98 cm breit, in farbenfroher Ausmusterung · · ·	2.90
Matt-Crêpe Kunstseidengewebe	einfarbig, ca. 96/98 cm breit, das bevorzugte Mtr.	3.25
Hammerschlag-Streifen u. Schotten	ca. 96/98 cm brt., in dezent. Farb. für Kombinationen	4.75

Mantelstoffe

Mantel-Melé	ca. 140 cm breit schwarz, marine, braun · Meter	3.50
Mantel-Diagonal	ca. 140 cm breit, für den solid. Sportmantel, Mtr. 6.50	4.50
Mantel-Fleur	reine Wolle, engl. Art, f. den mod. Sportmantel, ca. 140 cm breit, Mtr.	5.50
Mantel-Velour	mit Abseite, gute strapazierfäh. Qualit., ca. 140 cm brt., Mtr. 8.25	6.50
Velour-Cotelé	reine Wolle, für den eleganten Mantel, ca. 140 cm breit Meter	6.50
Velour-Ratiné	reine Wolle, gute solide Qual., ca. 140 cm breit · · Mtr.	6.95
Mantel-Craquelé-Noppé	reine Wolle, mit Abseite, ca. 140 cm breit · Meter	8.25

Pelzkragen

Moutonette-Kragen	in vielen Farben Stück	95 ₰
Rollkragen	Karakul, imitiert, grau, braun, beige und schwarz · · · · · · · · ·	1.95
Sealkanin-Stücken-Kragen	· ·	2.90
Nerzkanin-Platten	ausreichend für einen Schalkragen · · · ·	4.90
Krawatte	Lammfell od. amer. Opussum, mit Kopf, Schweif, Klauen, Kette auf Kunstseide gefüttert.	4.90

HERMANN TIETZ KARLSRUHE

Herren-Hüte reinigt, laciert (5063) **1.50**
K. Hort, Amalienstraße 13.

Eleganter schwarzer **Ueberzieher** Maßarbeit 20 ℳ für mittlere od. schlanke Figur, warm Jünglingsmantel 12-14 Jahre 5 ℳ Kriegsstr. 278, IV, rechts

Junges Mädchen (16 Jahre) **sucht Stellung** gleich welcher Art. Adr. u. erfr. unt. R1871 im Volksfreund.

Alleinmädchen mit guten Zeugnissen per 1. Nov. gesucht. Frau **Daniel,** Wilhelmstr. 36

Ueber 100 gut erhaltene **Maß-Anzüge Mäntel, Überz.** v. 10 ℳ an in all. Gr. u. Farben, sow. Gehrock-, Smoking- u. Cutawayanzüge, Hosen, Joppen, neu u. gebraucht, sowie Gelegenheitspost. neue, 1a Qualität. **Anzüge u. Mäntel** staunend billig. **Zähringerstr. 53a, II**

Oelgemälde in Landschaften, Stilleben und Porträt hat billig zu verkaufen **Durlach** Gartenstr. 11, III.

Küchen von 79 ℳ, **Büfetts** 58 ℳ, **Fürniß Zähringerstraße 77** hinter Geschw. Knopf.

Schneiderin empfiehlt sich im Anfertigen von Damen- u. Kinderkleidern sow. Knabenanzüg. bei billigst. Berechnung **Hagsfeld,** Schillerstr. 8

Gebrauchte, guterhalt. **Jazz-Trompete** gesucht. Ang. unt. J1875 an den Volksfreund

Wintermantel für 15jähr. Mädchen z. kauf. gesucht. Angebote unter Nr. 5178 a. d. Volksfrd

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack", jeden Mittwoch „Unter den Linden", Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7½ Uhr.

Sämtliche **Farben, Lacke** etc. **gebrauchsfertig** für Anstriche aller Art vorteilh. im Farbenhaus **Hansa** Waldstr. 15, beim Colosseum

DIE ZEITUNG DES FORTSCHRITTS
Volksfreund
WALDSTR. 28 · FERNRUF 7020/21

Unsere Druckerei fertigt Drucksachen in gediegener wirkungsvoller Ausführung
INSERATE
haben durch die weite Verbreitung und den großen Leserkreis besten Erfolg